:antifaschistische nachrichten

Nr. 6

g 3336 25.3.2010 26. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

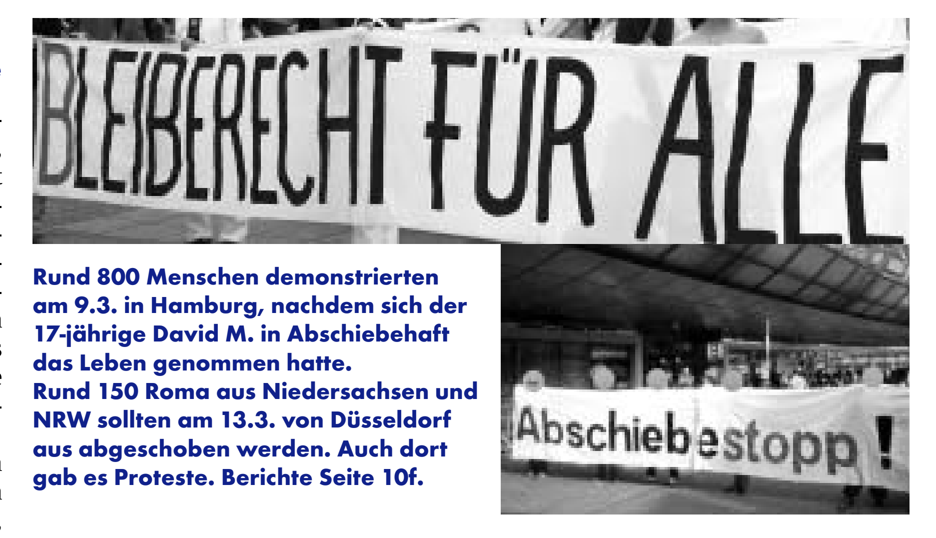
Sachsen bei rechten Gewalttaten auch 2009 an der Spitze

SACHSEN. Für das Jahr 2009 haben sieben Beratungsstellen für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in den östlichen Bundesländern und Berlin insgesamt 739 rechts-motivierte Gewaltdelikte mit 1.669 Betroffenen registriert. Das sind weniger als in den drei vorangegangenen Jahren, liegt aber deutlich über den Werten für die Jahre 2003 bis 2005. Erfahrungsgemäß werden sich die endgültigen Zahlen für 2009 durch Nachmeldungen noch erhöhen.

Wie in den Vorjahren ereigneten sich im Jahr 2009 die meisten Angriffe in Sachsen (263). Es folgen Sachsen-Anhalt (111), Berlin (102), Brandenburg (101) sowie Thüringen (83) und Mecklenburg-Vorpommern (79). Insgesamt ist bei rechter Gewalt von einer hohen Dunkelziffer auszugehen, da solche Gewalttaten den Betroffenen oftmals normal erscheinen und sie keine Anzeige stellen. In Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern sind die Beratungsstellen personell besonders schlecht ausgestattet – darum ist dort von einer nochmals höheren Dunkelziffer auszugehen. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle handelt es sich um Körperverletzungen. Mindestens vier Menschen wurden in den Jahren 2009 und 2008 von Neonazis oder ihnen nahe stehenden Tätergruppen getötet: Am 1.7.09 wurde die aus Ägypten stammende 31-jährige Apothekerin Marwa El-Sherbini von einem Rassisten im Dresdner Landgericht erstochen. Am 16.8.08 wurde in Magdeburg der 20-jährige angehende Kunststudent Rick L. von einem Neonazi erschlagen. In Dessau (Sachen-Anhalt) wurde der 50-jährige Hans-Joachim S., am 1.808 von zwei Rechten mit äußerster Brutalität totgeschlagen. Bereits am 22.7.08 wurde im brandenburgischen Templin der 55-jährige Bernd K. von zwei Neonazis ermordet.

2009 war Rassismus das hauptsächliche Tatmotiv der AngreiferInnen. In 150 Fällen richtete sich die Gewalt gegen politische GegnerInnen und in 286 Fällen gegen meist junge Menschen aus alternativen Milieus. *PM Opferperspektive* ■

Aus dem Inhalt:



Rund 800 Menschen demonstrierten am 9.3. in Hamburg, nachdem sich der 17-jährige David M. in Abschiebehaft das Leben genommen hatte. Rund 150 Roma aus Niedersachsen und NRW sollten am 13.3. von Düsseldorf aus abgeschoben werden. Auch dort gab es Proteste. Berichte Seite 10f.

CDU-Landtagsfraktion nach rechts offen?

SACHSEN. Der Pressesprecher der CDU-Fraktion in Sachsen Dirk Reelfs hat sich in der rechtsextremen „National-Zeitung“ geäußert und sich damit heftige Kritik der Opposition eingehandelt. Die Äußerungen des CDU-Fraktionssprecher waren als „Interview“ gleich auf der Titelseite angekündigt. Im Innenteil der Zeitung folgten dann zwei knappe Antworten zum sächsischen Versammlungsgesetz und zur umstrittenen militärischen Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle. Auf derselben Seite findet sich noch ein längeres Gespräch mit dem sächsischen NPD-Fraktionsvorsitzenden Holger Apfel zu denselben Themen. Laut Taz vom 11.3. hat Reelfs die Fragen schriftlich beantwortet. „Auch wenn mir das Medium ganz und gar nicht gefällt, erfolgt eine Antwort“, erklärte er gegenüber der Taz. Er halte eine unterschiedliche Behandlung der Presse für unangebracht.

Dazu Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion der LINKEN im Landtag: „Gegenwärtig kursiert in der CDU-Mitgliedschaft ein Aufruf, den angeblichen Linkstrend in dieser Partei zu stoppen. Der Landesverband Sachsen der CDU und besonders dessen Vorsitzender, Ministerpräsident Stanislaw Tillich, hätten gegenwärtig allen Grund, den Rechtstrend in ihrer Landtagsfraktion zu stoppen. Es ist wohl ohne Beispiel, dass der Pressesprecher der Fraktion einer demokratischen Partei einem Blatt ein Interview gibt, zu dessen wesentlichen Merkmalen – so das Sächsische Landesamt für Verfassungsschutz – die „Verunglimpfung demokratischer Institutionen“ sowie die „Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen, verbunden mit antisemitischen Äußerungen“, gehören. Die sächsische CDU sollte sich darüber im Klaren sein, dass sie mit Distanzlosigkeit zur DVU, deren ehemaliger Bundesvorsitzender Gerhard Frey noch immer Herausgeber der „National-Zeitung“ ist, gleichzeitig deren Bündnispartner NPD aufwertet. Ich halte dieses Interview keineswegs für einen entschuldbaren Lapsus. Für mich stellt es ein weiteres Indiz für die Öffnung der sächsischen CDU nach rechts dar. ... Immerhin hat der fragende Redakteur der „National-Zeitung“ keinen Zweifel daran gelassen, für welches Presseorgan die Antworten gedacht waren. Es ist wohl müßig, darauf zu hoffen, dass die Rechtsausleger in der sächsischen CDU gestoppt werden. Eine Distanzierung der Fraktionsspitze von dieser politischen Geschmacklosigkeit ist allerdings angebracht und überfällig.“

Die sächsische NPD-Fraktion applaudierte Reelfs. „Ich finde es außerordentlich erfreulich, dass bei der CDU-Fraktion offenbar keine Scheuklappen mehr existieren“, erklärte Fraktionschef Apfel. Mit Blick auf das eigene Interview auf der Seite behauptete er: Hier finde „eine publizistische Auseinandersetzung auf Augenhöhe statt“.

PM Kerstin Köditz, taz-Bericht 11.3.10 ■

Traditionspflege in Wien

ÖSTERREICH/WIEN. Der Buchdienst des extrem rechten österreichischen Wochenblatts „Zur Zeit“, zu dessen Herausgebern der FPÖ-Europaparlamentarier Andreas Mölzer gehört, gab in der Ausgabe vom 5. März dieses Jahres eine besondere Buchempfehlung zum besten. Empfohlen wurde ein Buch von Karl Fucker mit dem Titel „An der Seite Skorzenys“, das im einschlägig rechten „Aula“-Verlag erschienen ist. Der 1915 geborene Fucker, der sich 1944 zu den SS-Jagdverbänden meldete, war schon Mitte der 1930er Jahre illegal für die Nazis in Österreich aktiv. Sein zeitweiliger Weggefährte, der SS-Obersturmbannführer Otto Skorzeny, half zum Kriegsende Hunderten von Kriegs- und Naziverbrechern zur Flucht. Die von ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS geprägte „Kameradschaft IV“ in Österreich verlieh Fucker zu seinem achtzigsten Geburtstag die Ehrenmitgliedschaft. *hma* ■

Jünger im Kloster

STUTTGART/BERLIN. Die am rechten Rand des Katholizismus beheimatete „Priesterbruderschaft St. Pius X.“ bietet in einer Anzeige im rechten Wochenblatt „Junge Freiheit“ „Exerzitienkurse auf höchstem Niveau“ an. Die Kurse, für Männer im Schwarzwald, für Frauen in Etoile du Matin, seien für „Führungspersonal aus Wirtschaft und Politik hervorragend geeignet“, heißt es in der Anzeige. Kontaktadresse für die „einmalige Begegnung mit den Werten des christlichen Abendlandes“ ist der Distriktsitz der Priesterbrüder in Stuttgart. *hma* ■

Rechte Freigeister

MILTENBERG/GRAZ. „Halt der Macht der Kirchen, Synagogen und Moscheen!“ fordert die „Körperschaft der Kirchenfreien Österreichs“ in einer Anzeige in der deutschtümelnden österreichischen Zeitschrift „Der Eckart“. Der 1955 gegründete „Schutzverband der Staatsbürger ohne religiöses Bekenntnis“ mit Sitz in Graz bietet Gleichgesinnten eine „freigeistige Feiergestaltung und Lebenshilfe“ an. In der Dezember-Ausgabe der Zeitschrift „Der Kirchenfreie“ hieß es 1980 u.a. unverhohlen: „Kampf dem Völkerbrei, der Völkermischung, der Übernahme von Musik und Tanz der Unterentwickelten in unsere Hochkultur“. Als Kontaktadresse der „Körperschaft“ wird aktuell Bundesobmann Dr. Mathias Weifert aus dem unterfränkischen Miltenberg angegeben. Weifert war noch Ende der 1990er Jahre als Vorsitzender der „AG Donauschwäbischer Lehrer“ und Vorsitzender der „Partei der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (PHE) tätig. *hma* ■

Preußenverehrer wählten

BAMBERG/POZNAN. Prof. Dr. Harald Seubert wurde unlängst zum neuen Präsidenten des „Preußeninstituts“ gewählt, das für eine „Förderung der preußischen Staatsauffassung und des deutschen Geschichts- und Kulturbewusstseins“ eintritt. Der an den Universitäten in Bamberg und im polnischen Poznan Philosophie lehrende Seubert gehört zu den Autoren des Wochenblatts „Junge Freiheit“ und referierte unlängst noch bei der rechtsgewirkten „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ (SWG). Eine Zusammenfassung seines dort gehaltenen Vortrags wurde unter dem Titel „Unzeitgemäße“ Gedanken über den Patriotismus“ in der „Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt“ abgedruckt. *hma* ■

NPD sitzt im „Bündnis gegen Extremismus“

LIMBACH-OBERFROHNA. Die rechtsextreme NPD wird beim nächsten Treffen eines breit angelegten Bürgerbündnisses für Demokratie und gegen Extremismus in Limbach-Oberfrohna wieder mit am Tisch sitzen. „Ich tue mich schwer, die NPD mit undemokratischen Mitteln auszuschließen“, erklärte der CDU-Stadtverbandsvorsitzende und Landtagsabgeordnete Jan Hippold, der das Bündnis initiiert hatte. Bei dem Gründungstreffen am vergangenen Freitag hatte sich NPD-Stadtrat Thorsten Schneider für einen Arbeitskreis angemeldet, der die zentralen Ziele des Gremiums bestimmen soll.

Beim nächsten Treffen will Hippold dem Bündnis zunächst eine Geschäftsordnung geben, über die dann abgestimmt werden soll. Laut Hippold enthält der Entwurf auch die Regelung, dass extremistische Parteien und Organisationen von der Mitarbeit im Bündnis ausgeschlossen werden. „Findet sich eine Mehrheit für die Geschäftsordnung, wäre der Ausschluss der NPD der nächste Schritt“, so Hippold. Es sei aber falsch, die Arbeit im Gremium undemokratisch zu beginnen, indem die NPD von vornherein ausgeschlossen werde. „Wir sind ein Bündnis für Demokratie und müssen das auch leben“, sagte Hippold.

Die Beteiligung der NPD hatte in den vergangenen Tagen zu heftigen Diskussionen geführt. So forderte das „Bunte Bürgerforum für Demokratie“, das unter dem Dach der Diakonie gegen Rechtsextremismus in Limbach-Oberfrohna aktiv werden will, in einem Brief an Hippold, die NPD auszuschließen. „Das Bunte Bürgerforum arbeitet nur in dem Bündnis mit, wenn auf eine Teilnahme der NPD verzichtet wird“, heißt es in dem Schreiben.

Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund schaltete sich in die Debatte ein.

„Durch die Beteiligung der NPD wird das Engagement in der Region gegen Rechtsextremismus ad absurdum geführt“, sagte Sabine Zimmermann, Vorsitzende des DGB Südwestsachsen. Monika Lazar, sächsische Bundestagsabgeordnete der Grünen, betonte, dass Rechtsextremismus und Demokratie einander ausschließen. „Es ist naiv und falsch, die NPD mit anderen, demokratischen Parteien gleich zu setzen“, so Lazar.

In der Stadtverwaltung wird in der aktuellen Diskussion auf eine Veranstaltung zum politischen Extremismus verwiesen, bei der ein Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz über die Situation in Limbach-Oberfrohna spricht. „Ziel ist es, ein sachliches Bild von der Situation in der Stadt und Region zu geben“, erklärte Bürgermeister Lothar Hohlfeld. Wichtig sei außerdem, deutlich zu machen, dass Extremismus nicht auf eine Richtung begrenzt ist. „Wir wollen uns auf Fakten konzentrieren“, so Hohlfeld.

Quelle: Freie Presse, 11.3.10 ■

Protest gegen Ludendorffer

Karfreitag 2.4.10 um 14 Uhr, Dorfmark, Hauptstraße, gegenüber „Hotel Deutsches Haus“ Mahnwache und Protestaktion gegen die Ostertagung der Ludendorffer

mehr Infos: antifa.sfa.over-blog.com www.dorfmark.blogsport.de

Das Internationale Jugendworkcamp Bergen-Belsen 22.3. - 1.4.10, hat noch einige freie Plätze für Teilnehmende aus Deutschland 15 - 26 Jahre (siehe auch: antifa.sfa.over-blog.com). Infos und Antworten über diese mail-adresse.

Stadtrat unterstützt Protest gegen Naziaufmarsch am 1. Mai

WÜRZBURG. Auf ihrer letzten Sitzung haben sich die Würzburger Stadträte für die Unterstützung des Bündnisses „Würzburg ist bunt, nicht braun“ ausgesprochen. Der Stadtrat beschloss, die Verwaltung zu beauftragen, geeignete Maßnahmen in die Wege zu leiten, um den von Rechtsextremisten angemeldeten Aufmarsch am 1. Mai zu unterbinden.

Die Bündnisgrundlage des vom DGB angeregten Bündnisses „Würzburg ist bunt, nicht braun“, fand nach gründlicher Debatte die Zustimmung der Ratsmitglieder.

www.dgb-schweinfurt.de, 24.2.2010 ■

KZ-Gedenkstätte Mauthausen erneut mit Nazi-Parolen beschmiert

Österreich. In der Nacht vom 4. auf 5. März wagten sich Neonazis erneut auf das Gelände der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, um dort die Außenmauer mit der Parole „Türk' und Jud', giftig's Blut" zu beschmieren. An derselben Stelle hatten Ihresgleichen im Februar 2009 mit der Parole „Was unseren Vätern der Jud, ist für uns die Moslembrut, seid auf der Hut! 3. Weltkrieg – 8. Kreuzzug" für Aufregung gesorgt.

Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen ist in Österreich ein zentraler Ort der Erinnerung an die Naziverbrechen. Hier befand sich von August 1938 bis zum Mai 1945 ein NS-Vernichtungslager. Von den über 200.000 Häftlingen hat mehr als die Hälfte das Grauen nicht überlebt. Auf die Bedeutung dieses Ortes haben es die Nazis abgesehen, wenn sie ihre hasserfüllten Sprüche auf der Mauer der Gedenkstätte anbringen. Sie wollen provozieren! Dieselbe Parole auf einer Hauswand würde keine vergleichbare Wirkung erzielen.

Die Angriffe auf Orte der Erinnerung scheinen in Österreich zur Gewohnheit zu werden. Auf die Nazi-Schmiererei im Februar vergangenen Jahres folgte im Mai im Anschluss an eine Gedenkfeier in der Gedenkstätte Ebensee ein Angriff rechter Jugendlicher auf eine französische Delegation, darunter KZ-Überlebende. Anfang Januar dieses Jahres besuchten fünf ortsbekannte Nazis aus Wels die Gedenkstätte Mauthausen. In Shirts mit der Aufschrift „Ich habe Bock auf Nazis", „Nationale Sozialistin" („N" und „S" groß hervorgehoben) hielten sie sich mehrere Stunden in der Gedenkstätte auf. Willi Mernyi, der Vorsitzende des „Mauthausen Komitee Österreich" (MKÖ) kommentierte diesen Vorgang damals mit den Worten: „Eine unglaubliche Provokation, dass rund ein Jahr nach der Schändung der KZ-Außenmauer bekannte Rechtsextremisten vor der Gaskammer aufmarschieren."

Als sich für die Häftlinge dieses Konzentrationslagers im Mai 1945 endlich das Tor zur Freiheit öffnete, haben sie sich geschworen, immer daran zu erinnern, „mit welch großen blutigen Opfern aller Nationen" diese Freiheit erkämpft wurde. Heute, im 65. Jahr nach der Befreiung gibt es viele ernst zu nehmende Anzeichen dafür, dass die menschenverachtende NS-Ideologie, so zumindest ihr rassistischer und antisemitischer Teil, nicht nur in Österreich auf wachsenden Zuspruch in der Bevölkerung trifft. Dies sollte alle, die ein Leben in Frieden und Freiheit schätzen, dazu ermutigen, sich dieser Entwicklung gemeinsam entgegen zu stellen. Nur das wird den Nazis Grenzen setzen und ihnen den Boden für ihre aggressiven politischen Ziele entziehen. *Mauthausen Komitee Stuttgart e.V., info@mksev.de* ■



Demonstration gegen den verharmlosenden Umgang mit Neonazis der Region

Freitag, 26. März 2010 um 18.00 Uhr, Kaiserplatz, Aachen

2008: Neonazis werfen die Scheiben in der Privatwohnung einer antifaschistischen Familie ein. Die Täter werden nicht gefasst. Empörte Bürger solidarisieren sich mit den Opfern der rechten Gewalt. Die friedliche Demonstration vom Kaiserplatz zum Markt wird in Höhe des Glaskubus am Elisenbrunnen von ca. 30 bewaffneten Neonazis überfallen. Es gibt Tumulte und Verletzte, bevor die Neonazis die Flucht ergreifen. Die Polizei ist mit 8 Uniformierten völlig überfordert. Zivilpolizisten, die unerkannt in der Demo mitlaufen, greifen die friedlichen Demonstranten an, statt die Demonstration zu schützen. Der Polizeipräsident muss sich später vor dem Stadtrat in aller Öffentlichkeit entschuldigen.

Aber wer kommt vor Gericht: die Antifaschisten! Nicht die Neonazis werden angeklagt, sondern der Versammlungsleiter der überfallenen Demonstration sowie ein weiterer Antifaschist. Das Verfahren wegen angeblichen Widerstands gegen die illegal eingeschleusten Zivilbeamten endet mit der Einstellung zu Lasten der Staatskasse. Die Zivilbeamten dürfen keine Aussage über ihre Aufgaben auf der Demonstration machen. Die Staatsanwaltschaft erklärte vor Gericht, dass an diesem Tag zwei Demonstrationen aufeinander gestoßen seien. Es ist schon unverfroren, den bewaffneten Überfall der Neonazis, der einem schweren Landfriedensbruch gleichkommt, als schützenswertes demokratisches Anliegen umzuwerten. Welch eine Steilvorlage für die Anwälte der Neonazis!

Die Staatsanwaltschaft Aachen hat in der Presse erklärt, im Jahre 2008 habe sie 649 Verfahren gegen Rechte eingeleitet. Davon wurden 46 mit einem Urteil abgeschlossen. Das ist eine ziemlich schlechte Bilanz.

Gewährendes Verhalten und mangelnde Strafverfolgung seitens Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz fördern, dass Neonazis in der Region Aachen immer dreister auftreten und zunehmend ein Klima der Angst schüren.

So kann es nicht weitergehen. Wir wollen und dürfen nicht schweigen zur Verharmlosung der Gefahr, die von den kriminellen Nazibanden ausgeht. Wir wollen und dürfen nicht schweigen zur Untätigkeit und/oder Unwilligkeit staatlicher Instanzen.

Mutige Bürgerinnen und Bürger müssen sich den Neonazis in den Weg stellen, z. B. auch am Freitag 2. April und Samstag, 3. April in Stolberg!

Wir rufen zur Teilnahme an der Demonstration auf: AK Antifa Aachen; Andrej Hunko MdB „Die Linke"; Antifa Düren; Aachener Friedenspreis; Antifaschistisches Aktionsbündnis Aachen; Bündnis gegen Rechtsextremismus Herzogenrath; DKP Aachen; Dr. Erich Meurer; Ellen Begolli; Flüchtlingsplenum Aachen; Fraktion „Die Linke" im Stadtrat Aachen; Hein Kolberg; Infoladen Aachen; Kreisverband „Die Linke" Städteregion Aachen; Magda Taufenbach; Pax Christi Gruppe Aachen; SDAJ Aachen; Renate Linsen-von Thenen; Traudl Groten; Unabhängige WählerInnenGemeinschaft UWG Bürgerwille im Stadtrat; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) Kreisverband Aachen

aus dem Aufruf zur Demonstration ■

Pro NRW-Landtagswahlprogramm:

Nur alter Wein in neuen Schläuchen?

Zu den am 9. Mai stattfindenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen tritt erstmals auch der pro Köln-Ableger pro NRW mit einer Landesliste an. Ob die selbsternannten „Rechtspopulisten“ auch in den Wahlkreisen Kandidat(inn)en aufstellen werden, kann im Moment noch nicht beurteilt werden – man kann davon ausgehen, dass die Rechtspartei dort, wo sie relativ stark ist, d.h. im südlichen Rheinland und Teilen des Ruhrgebiets auf Ebene der Wahlkreise antreten wird, in den übrigen Landesteilen, wo es oftmals keine arbeitsfähigen und öffentlich auftretenden pro NRW-Strukturen gibt, werden die Wähler(innen) wohl von den rechten Herrschaften verschont bleiben.

Dass es sich bei pro NRW in der Tat um ein pro Köln-Anhängsel handelt, der Schwanz also genau genommen mit dem Hund wedelt, zeigt die Landesliste: Von den ersten vier Plätzen werden drei von Personen aus dem engsten pro Köln Führungskreis besetzt. Markus Beisicht und Judith Wolter kandidieren auf den Plätzen 1 und 2, dann folgt der Gelsenkirchener Stadtrat Garry Hauer, nach ihm tritt auf Platz 4 mit Markus Wiener wieder ein Kölner an. Auch die Plätze 6 und 8 werden mit Daniel und Bernd M. Schöppe von pK-Urgestein besetzt. Mit Ausnahme von Hauer und Fabian Thies (Listenplatz 7), der Stadtrat in Lemgo ist, kommen alle anderen 10 Kandidat(inn)en aus dem unmittelbaren Kölner Umland. NRW ist deutlich größer.

Schaut man sich das Wahlprogramm der sich selbst als „patriotische Oppositionsbewegung“ apostrophierenden Gruppe an, die sich das Bewegungsmäntelchen umhängt, um sich von den anderen Parteien in der öffentlichen Wahrnehmung abzusetzen, fällt sofort die Titelgrafik auf: Eine schwarz-rot-goldene Fahne ist mit 7 Minaretten besetzt, die wie Raketen aus dem „deutschen Boden“ ragen. Davor eine schwarze Figur, deren Geschlecht und Identität nicht zu erkennen ist, da sie bis auf einen schmalen Schlitz für die Augen komplett verhüllt ist. Unterschieben ist das Ganze lediglich mit einem einzigen Wort: Stopp, dessen o wird von einer durchgestrichenen Moschee gebildet wird. Dazu kommt noch der Slogan „Deshalb pro NRW“ und die Internetadresse. Entlehnt wurde das Motiv von der rassistischen Schweizer Initiative für ein Moscheebauverbot, hinter der in erster Linie die Schweizerische Volkspartei (SVP) steckte.

„Zuwanderung begrenzen, Islamisierung stoppen“ ist dazu passend das erste Kapitel des Landtagswahlprogramms überschrieben und in der Tat bildet völkischer Rassismus, der sich als Antislamismus darstellt, den wichtigsten Teil der inhaltlichen Aussagen. Perfiderweise beginnt der genannte Teil mit einer Erinnerung an die sozial-liberale Bundesregierung unter Willy Brandt und dem von ihr verhängten Anwerbestopp ausländischer Arbeitskräfte im Jahr 1973. Es folgen die üblichen rassistischen Kampfbegriffe: „Masseneinwanderung“, „drohende Überfremdung“, „Parallelgesellschaften“. Bis dahin also nichts Neues. Dann aber kommt ein neuer Zungenschlag ins Spiel: Unterschieden wird zwischen „ehrliche(n) Einwanderer(n) aus Italien, Griechenland, Spanien, Portugal, Vietnam“ einerseits und der „türkische(n) – und regional arabische(n) – Einwanderergruppe“, die „eine starke Tendenz zur Bildung einer Parallelgesellschaft“ habe. Schuld daran sei, so pro NRW, „die islamische Religion dieser Einwanderer“. Weiter geht es dann mit einer antiislamischen Suada.



Nach Eigenangaben der Pro'ler sind jetzt die verschiedenen geplanten Aktionen von Pro NRW alle genehmigt. Es beginnt mit Kundgebungen am Freitag, 26.3. ab10.00 Uhr in Herten, Gelsenkirchen, Bochum, Oberhausen, Mülheim-Ruhr und Essen. Am 27. folgt dann die „Konferenz für ein Minarettverbot“ in Schloss Horst in Gelsenkirchen, am 28. der „Protestmarsch“zur Merkez-Moschee. Aktuelle Infos und Übersichtspläne zu den Protesten auf den Webseiten: www.duisberg-stellt-sich-quer.de www.marxloher-buendnis.de

Dass der Islam nur ein Vorwand ist, hinter dem sich der alte rechte Rassismus verbirgt, zeigt die sich anschließende Forderung „eine strikte Begrenzung der Einwanderung... Pro NRW sagt NEIN zur Einwanderung in unsere Sozialsysteme, zu Asylmißbrauch, Überfremdung und Islamisierung“. Es ist sicherlich nicht falsch, zu behaupten, dass pro NRW den seit etwa 10 Jahren grassierenden Antiislamismus, benutzt, um an eine scheinbar erfolgreiche Bewegung anzuknüpfen und ihren Rassismus als kulturell und religiös motiviert zu bemänteln.

Dass es darum geht, zeigen auch die Forderungen im Kapitel „Soziale Gerechtigkeit schaffen“, das insgesamt einen neuen Aspekt im Programm bildet. Soziale Themen tauchten erstmals in Ansätzen in den Kommnalwahlprogrammen im vergangenen Jahr auf. Vorher war pro Köln, pro NRW führte damals noch ein Schattendasein, programmatisch eher eine typische Mittelstandspartei, bei der es kaum einen sozialen Anspruch gab. Mit der Überschrift „Turbo-Kapitalismus stoppen – soziale Marktwirtschaft neu beleben“ und den ihr folgenden, auf den ersten Blick antikapitalistisch erscheinenden, Ausführungen („Sofortige Einführung eines Mindestlohns...“), springt pro NRW wieder auf eine Bewegung auf, deren Forderungen ihr mehrheitsfähig zu sein scheinen. Um was es wirklich geht, wird wenige Zeilen weiter klar: „Umgekehrt haben auch die Hilfsbedürftigen alle zumutbaren Anstrengungen zu unternehmen, der Solidargemeinschaft nur solange zur Last zu fallen, wie es unvermeidlich ist. Ausländische Dauertransferempfänger sollen dagegen in einem rechtsstaatlich geordneten Verfahren zügig in ihre Heimatländer abgeschoben werden... Nordrhein-Westfalen braucht – wenn überhaupt – nur Zuwanderer, die uns nutzen, und nicht solche, die uns ausnutzen“. Letzteres ist übrigens ein fast wörtliches Zitat des ehemaligen bayerischen Innenministers und späteren Ministerpräsidenten Günther Beckstein.

Dass es Beisicht und seinen Gesinnungsgenossen um völkisches, rassistisches Denken geht, machen sie deutlich, indem sie immer wieder ausdrücklich von Staatsbürgern, denen geholfen werden müsse, reden. Einwanderer aber sind häufig eben keine Staatsbürger. Das der geforderte „Familienkredit“ und der „zinsgünstige Kredit in Höhe von bis zu 20.000 Euro“ zur „Steigerung der Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung beitragen“ soll, verwundert dann kaum noch.

Alles in allem handelt es sich beim pro NRW-Wahlprogramm einerseits um ein rassistisches Machwerk, wie man es von den Protagonisten erwarten kann. Mit der starken Betonung der religiösen Frage und einer Reihe scheinbar sozialer Forderungen werden allerdings neue Aspekte gesetzt, die Antifaschist(inn)en in ihrer Argumentation berücksichtigen sollten.

tri ■

Der FN bei den französischen Regionalparlamentswahlen:

11,5 % im 1. Wahlgang (mit Abspaltungen), 17,81 % in den Stichwahlen

Beim zweiten Durchgang der französischen Regionalparlamentswahlen – der Stichwahl, bei der die einfache Mehrheit für die Übernahme der Regionalpräsidentschaft durch den Spitzenkandidaten der stärksten Liste genügt – am 21. März konnte der rechtsextreme Front National (FN) noch in 12 von 22 Regionen antreten. Dabei wird Frankreich ohne die vier Überseeregionen zur Grundlage genommen. Um in die Stichwahl einziehen zu können, sind mindestens 10 % der abgegebenen Stimmen im ersten Wahlgang erforderlich.

Kurze Bilanz des ersten Wahlgangs

In zehn Regionen, die fast ausschließlich in Westfrankreich liegen, war der FN deswegen nach dem ersten Wahlgang am 14.3. aus dem Rennen ausgeschieden. Die extreme Rechte hatte frankreichweit gut 12,5 % der Stimmen erhalten. Davon entfielen rund 11,5 % auf den Front National.

Weitere 1,1 Prozent entfielen auf sonstige rechtsextreme Listen, die jedoch nur in rund einem Drittel der französischen Regionen – ohne Übersee – antreten konnten. Zu ihnen zählen eine christlich-fundamentalistische Liste von radikalen Abtreibungsgegnern wie Xavier Dor im Raum Paris (rund 0,9 %), vier Listen des ‚Parti de France' (PdF, „Partei Frankreichs") unter dem Ex-Generalsekretär des FN Carl Lang mit Ergebnissen zwischen 1,5 % und 3,7 % der Stimmen, und zwei Listen „Nein zu Minaretten" in Lothringen und im französischen Jura mit 3,0 respektive 2,5 %. Auch die ‚Ligue du Sud' unter Jacques Bompard, dem Bürgermeister von Orange (früher FN), zusammen mit dem ‚Bloc identitaire' gehört hierher. In der südostfranzösischen Region PACA, zwischen Marseille und Nizza, erhielt sie 2,7 % der Stimmen. Jacques Bompard kündigte Ende vergangener Woche an, die ‚Ligue du Sud' als politische Partei aufrecht zu erhalten.

Der FN konnte er in fast allen Regionen östlich einer Linie, die in Nord-Süd-Richtung von Le Havre nach Montpellier gezogen werden kann, (mit Ausnahme des Großraums Paris und Korsikas) an den Stichwahlen vom 21. März teilnehmen. Traditionell ist die extreme Rechte im östlichen Frankreich erheblich stärker als an der Atlantikseite. Ursächlich dafür sind u.a. das stärkere Durchschlagen der industriellen Krise in den traditionellen Industrierevieren, die vorwiegend in diesem Landesteil liegen, aber auch die stärkere verbliebene Bindewirkung des christlichen Milieus in Westfrankreich.

In den zwölf Regionen, wo er noch zur Stichwahl antreten konnte, gelang es dem FN ausnahmslos, Stimmengewinne zu erzielen. Dort, wo er kandidieren konnte, erzielte der FN im Durchschnitt 17,81 P%. Dies ergibt einen nominellen nationalen Stimmenanteil von 9,4 %, wenn für die Regionen, wo er nicht antreten konnte, ein Anteil von null Prozent einberechnet wird.

Erstmals wurde beobachtet, dass die rechtsextreme Partei ihren Stimmenanteil im Zeitraum zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang nicht nur stabilisieren, sondern noch erheblich steigern konnte. In der Regel gewann der FN zwischen zwei und vier Prozent der Stimmen hinzu. Der höchste Stimmenzuwachs wurde unterdessen im Languedoc-Roussillon, der südfranzösischen Region rund um Montpellier, verzeichnet: von 12,67 auf 19,38 %.

Unterschiedliche Wählerschaft

Der niedrigste Stimmenanteil für den FN in einer Region liegt bei 13,5 % in der, ländlich geprägten, Region „Zentrum" rund um Orléans. Die höchsten Stimmenanteile liegen in der südostfranzösischen Region PACA (Provence-Alpes-Côte d'Azur), wo Jean-Marie Le Pen die Liste anführte, mit 22,87 Prozent und für die Liste unter Marine Le Pen im früheren Bergbaurevier Nord-Pas de Calais nahe der belgischen Grenze mit 22,20 Prozent. Die soziale Zusammensetzung der Wählerschaft ist dabei unterschiedlich. In Südostfrankreich zwischen Marseille und Nizza, wo der FN schon seit den achtziger Jahren traditionell stark verankert ist, wählen traditionell eher wohlhabende Rentner, die sich im französischen „Sonnengürtel" niederließen, die Partei. Hinzu kommen frühere Algeriensiedler (Pieds Noirs) – die nach der Entkolonialisierung in Nordafrika 1962 Algerien verließen und in den französischen Mittelmeerregionen ein teilweise von Revanchismus geprägtes „Vertriebenen"milieu bilden. Hingegen weist der FN im Nord-Pas de Calais, wo ihm erst seit den neunziger Jahren schrittweise der Durchbruch glückte, eine ausgesprochene Arbeiterwählerschaft auf.

Dem FN ist es also gelungen, die beiden auseinanderstrebenden Pole seiner früheren Wählerschaft, die er vor den Präsidentschaftswahlen im April 2007 aufwies, wieder zusammenzubringen. In den Jahren 2007/08 war es der konservativen Rechten unter Nicolas Sarkozy zeitweilig gelungen, den stärker „bürgerlichen" Teil der FN-Wählerschaft – unter ihm auch das Pieds Noirs-Milieu – abzuwerben. Die massivsten Verluste hatte die extreme Rechte damals in PACA und in Elsass hinnehmen müssen. Damals war dem FN, der vorübergehend bis auf 4,3 % der Stimmen (bei den Parlamentswahlen im Juni 2007) abstürzte, vor allem der aus den Unterklassen stammende Teil seiner Anhängerschaft etwa im Nord-Pas de Calais verblieben. Nunmehr ist die Krise des FN zumindest als Wahlpartei überwunden, auch wenn es auf der Mitgliederebene noch Spuren zurückliegender Krisen zu verzeichnen gibt.

Überwiegend mit der Krise und der Arbeitslosigkeit zusammenzuhängen scheint das Stimmenergebnis des in der ostfranzösischen Region Lothringen, die einen starken Niedergang ihrer früher charakteristischen Industrien erlebt hat. Dort wuchs der FN-Anteil von 14,87 % im ersten auf 18,44 Prozent im zweiten Durchgang (zum Vergleich 2004: 17,59 Prozent für den höheren Anteil). In dieser Region wurde im ersten Wahlgang ein Spitzenergebnis für die extreme Rechte von 61 Prozent im Dorf Roppeviller verzeichnet, davon entfielen 51 Prozent auf den Front National und 10,2 Prozent auf die von rechtsextremen Splittergruppen – drei Abspaltungen des FN – gebildete Liste „Nein zu Minaretten".

Laut ersten Auswertungen gelang es dem FN insbesondere, einen erheblichen Teil der gestiegenen Stimmenthaltung zwischen beiden Wahlgängen zu seinen Gunsten umzulenken. Die Wahlenthaltung hatte frankreichweit im Durchschnitt 53,6 % im ersten Wahlgang, aber „nur" noch 49 %im zweiten betragen.

Rivalisierende rechtsextreme Listen riefen nicht zur Wahl des FN auf

Die übrigen rechtsextremen Listen, die meistens aus „Dissidenten" und Abspaltungen des FN bestanden, hatten in aller Regel nicht zu dessen Gunsten für die Stichwahl aufgerufen. Im Nord-Pas de Calais, wo Marine Le Pen antrat, erhielt eine Liste von FN-„Dissidenten" unter François Dubout im ersten Durchgang drei Prozent. Doch ihre Anführer riefen zur Stichwahl zur Stimmabgabe für die konservative Regierungspartei UMP auf. In Lothringen lancierte die Liste „Nein zu Minaretten" (die aus den drei rechtsextremen Kleinparteien MNR, PdF und NDP bestand) zur Stichwahl einen Aufruf zum Stimmboykott, da der Front National nicht entschieden genug gegen das „Vordringen des Islam" und gegen den Minarettbau eintrete.

Erste Ausblicke

Am Wahlabend sprach Marine Le Pen von einem „Frühling des FN". Die Partei werde sich nun entschlossen auf die kommende Präsidentschaftswahl im Jahr 2012 vorbereiten. Bis dahin möchte sie ihren Vater abgelöst haben. Doch Jean-Marie Le Pen fiel am Sonntag Abend JournalistInnen ins Wort, die von seinem „letzten Wahlkampf" gesprochen hatte, und verneinte dies ausdrücklich: „Das hätten Sie gerne so, denn es stört Sie, was ich sage. Und sei es nur, um es Ihnen nicht Recht zu machen, könnte ich weitermachen." Eine ausführlichere Auswertung der Ursachen, Einzelergebnisse und Reaktionen folgt in der kommenden Ausgabe. *Bernhard Schmid, Paris* ■

Zeitgeschichtliches Forum Leipzig: Den Bock zum Gärtner gemacht

Das „Leipziger Europaforum“ hat einen guten Ruf und eine Tradition. Bereits die 17. Veranstaltung dieser Art findet am 20. März in den Räumlichkeiten des Zeitgeschichtlichen Forums in der Grimmaischen Straße 6 statt. Wieder einmal wurde ein aktuelles und eminent wichtiges Thema gefunden. „Gefahr für Europa: Sprengen Nationalismen die Europäische Union?“ lautet der Titel einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion.

Mit dem Sozialdemokraten Miguel Ángel Martínez ist der Vizepräsident des Europäischen Parlaments angekündigt, mit Adam Krzeminski wird ein Journalist der renommierten polnischen Zeitschrift „Polityka“ teilnehmen.

Und doch lässt die Besetzung des Podiums die Befürchtung aufkommen, dass hier genau jener politischen Strömung Raum zur Selbstdarstellung gegeben wird, die die Veranstalter, darunter auch die Stadt Leipzig, in ihrer Ankündigung als Gefahr beschreiben. Im Europaparlament, so heißt es dort, seien seit 2009 zwei nationalistische, europaskeptische Fraktionen vertreten, die gemeinsam über mehr als zehn Prozent der Sitze verfügen.

Hinzugefügt werden muss an dieser Stelle, dass dabei die offen faschistischen Parteien noch gar nicht mitgerechnet sind. Das Jahrzehnt scheine „im Zeichen zunehmender rechtspopulistischer Strömungen in den EU-Mitgliedsstaaten“ zu stehen. Man wolle nach den Ursachen und den Möglichkeiten des nationalistischen Euroskeptizismus fragen. „Sprengen wachsende Nationalismen das vereinte Europa?“, so fragen die Veranstalter mit Recht besorgt. Wenn auch sicherlich ungewollt, so bieten die Veranstalter doch zugleich eben diesen gefährlichen Strömungen in Person des dritten Diskutanten auf dem Podium ein Forum. Es handelt sich um Prof. Karl Albrecht Schachtschneider, einen emeritierten Ordinarius für Staatsrecht mit dem Spezialgebiet Europarecht an der Universität Erlangen. Tatsächlich hat Schachtschneider durch zahlreiche wissenschaftliche Publikationen ein unbestreitbares Renommee, in etlichen Verfahren vor obersten Gerichten trat er als Sachverständiger auf. Es gibt jedoch eine negative Seite des Rechtsgelehrten, durch die er in den vergangenen rund 15 Jahren von sich reden gemacht hat.

1994 gehörte Schachtschneider zum Gründungsausschuss des Bundes Freier Bürger (BFB), einer Partei zunächst traditionell nationalliberaler Ausrichtung, die schnell den Schulterschluss auch mit Parteien der extremen Rechten suchte. Schachtschneider selbst bot ein Beispiel für diesen Kurs durch einen gemeinsamen Wahlkampfauftritt mit Jörg Haider in Österreich zu den Europawahlen, bei denen er auf Platz 2 der Liste des BFB antrat. Nach seinem Parteiaustritt Ende 1994 trat er immer wieder als Referent in dem Spektrum zwischen dem rechten Flügel der Unionsparteien und der extremen Rechten auf. Ob beim „Studienzentrum Weikersheim“ Hans-Georg Filbingers oder 1997 bei der „Freien Deutschen Sommeruniversität“ des völkischen Flügels der Deutschen Burschenschaft oder auch der rechtsaußen angesiedelten „Evangelischen Notgemeinschaft“, wo er laut Vortragstitel „Die Europäische Integration als Gefahr für Freiheit, Wirtschaft und Staat“ bezeichnete, stets konnten die nationalistischen und europaskeptischen Gruppen auf ihn zählen.

Bis dahin hätte man noch für ihn gelten lassen können, dass er sich zwar im Umfeld von Gruppen bewegte, die – wie die Franzosen sagen – einen „haut goût“ haben oder zu gut deutsch einfach anrüchig sind, doch dass er die Grenze zu offensichtlich zur extremen Rechten zählenden Organisationen nie überschritten hatte. Das änderte sich spätestens im September 2005. Damals trat er als Sachverständiger der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag bei einer Anhörung zur Grundgesetzkompatibilität des EU-Verfassungsvertrages auf. Die NPD hatte damals den Antrag gestellt, der Freistaat möge eine Abstrakte Normenkontrollklage gegen das deutsche Beitrittsgesetz beim Bundesverfassungsgericht einreichen.

Schachtschneider unterstützte diese Position. Da die früheren Bündnispartner Schachtschneiders ihre Agitation gegen die europäische Integration wegen Erfolglosigkeit deutlich reduziert hatten, blieb ihm als Ansprechpartner nunmehr weitgehend nur noch die extreme Rechte. Im Januar 2009 sprach er bei einer Konferenz der FPÖ in Wien, bei der sich Abgesandte diverser rechter Parteien diverser Länder trafen. Im März 2009 hielt er bei der „Bürgerbewegung Pro Köln“, deren Funktionäre größtenteils aus verschiedenen Organisationen der extremen Rechten stammen, einen Vortrag zum Thema „Kein Grundrecht auf den Bau von Großmoscheen“, mit dem er die anti-islamische Agitation dieser Gruppe stützte.

Nun also soll Schachtschneider in Leipzig bei einem Forum sprechen, das sich gegen nationalistische und europaskeptische Tendenzen wenden will.

Das heißt nichts anderes, als den Bock zum Gärtner zu machen. Für die Veranstalter kann es eigentlich nur eine Konsequenz geben: die Ausladung Schachtschneiders. Es dürfte genügend qualifizierte Wissenschaftler ohne Verbindungen zur extremen Rechten geben, die an seine Stelle treten könnten. Es bleibt aber auch dann noch die Frage, wer die widersinnige Idee hatte, ihn überhaupt einzuladen. *Kerstin Köditz* ■

Bundeswehr verharmlost rechte Neigungen beim Offiziersnachwuchs

„Die politischen Haltungen von Offiziersstudenten der Bundeswehr sind zum Teil hochproblematisch und zeigen eine bedenkliche Nähe zu demokratiefernen Positionen der ‚Neuen Rechten‘“, sagt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Das ergebe sich aus einer Umfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr unter den Studenten der Bundeswehr-Universitäten in Hamburg und München. Die bislang unveröffentlichte Studie wurde bereits Ende 2007 unter 2300 Studenten durchgeführt und der Abgeordneten jetzt vom Verteidigungsministerium zugestellt. Jelpke:

„80 Prozent der befragten Offiziersstudenten stimmen mindestens einem Topos der so genannten ‚Neuen Rechten‘ zu. Besonders populär unter den Studenten ist die Forderung, ‚die nationale Identität Deutschlands‘ zu stärken, was von 71 Prozent unterstützt wird. 44 Prozent wollen ‚deutsche Interessen gegenüber dem Ausland hart und energisch durchsetzen‘, 38 Prozent wollen, dass ‚Deutschland wieder von einer starken Elite geführt wird‘. Auch rassistische Positionen erfreuen sich bedenklich hoher Zustimmung. Jeder vierte Bundeswehrstudent will ‚die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland stoppen‘.

Die Forscher der Bundeswehr bilanzieren zwar, es gebe ‚Hinweise auf ein Weltbild, das für Offiziere der Bundeswehr als ‚nicht unproblematisch‘ eingestuft werden kann‘. Doch dann wiegeln sie ab: Richtig bedenklich werde es für die Bundeswehr erst, wenn mindestens vier von sechs Politikzielen der ‚Neuen Rechten‘ geteilt würden. Dies sei aber ‚nur‘ bei 13 Prozent der Befragten der Fall. Statt sich Gedanken über die politische Bildung und das Selbstbild der Soldaten zu machen, folgt die Bundeswehr einmal mehr dem Motto: Problem erkannt, Problem verdrängt. Die Bundesregierung ist hier gefordert, um der Rechtsentwicklung innerhalb der Truppe entgegenzuarbeiten.“

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. ■

Links – Rechts

Merkel-Regierung setzt Ungleiches gleich!

Auf der Tagung der Antifaschistischen Nachrichten am 13. März in Köln berichtete Ulla Jelpke, MdB DIE LINKE und Mitherausgeberin dieser Zeitung, zu diesem Thema aus dem Bundestag und setzte sich auch mit der Landesregierung NRW auseinander. Wir dokumentieren ihren Beitrag.

Noch 2001 haben alle im Bundestag vertretenen Parteien gemeinsam beschlossen, stärker gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt vorgehen zu wollen. Ergebnis waren unter anderem die „Programme für Vielfalt und Toleranz", die Modellprojekte beim Kampf gegen Rechtsextremismus unterstützt haben. Die neue schwarz-gelbe Bundesregierung will mit dieser Linie zugunsten von „Extremismus-Bekämpfungsprogrammen" brechen. In der Koalitionsvereinbarung zum Regierungsprogramm heißt es dazu:

„Extremismen jeder Art, seien es Links- oder Rechtsextremismus, Antisemitismus oder Islamismus, treten wir entschlossen entgegen. [...] Die Aufgabenfelder des Fonds für Opfer rechtsextremistischer Gewalt sowie des Bündnisses für Demokratie und Toleranz sollen auf jede Form extremistischer Gewalt ausgeweitet werden."

Und an anderer Stelle:

„Fortführung der vom Bund geförderten Programme gegen Rechtsextremismus als ‚Extremismusbekämpfungsprogramme' unter Berücksichtigung der Bekämpfung linksextremistischer und islamistischer Bestrebungen sowie die Erstellung eines Jahresberichts der Bundesregierung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur."

Und in diesem Zusammenhang weiter: *„Um der Verklärung der SED-Diktatur entgegenzuwirken, wird die Bundesregierung ihre Maßnahmen zur geschichtlichen Aufarbeitung verstärken. Dazu sollen zählen: die Einrichtung eines Arbeitsschwerpunkts „Aufarbeitung der SED-Diktatur" bei der Bundeszentrale für politische Bildung, die Prüfung der Errichtung einer Jugend- und Begegnungsstätte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie der Schaffung eines koordinierenden Zeitzeugenbüros unter Beteiligung der durch den Bund getragenen oder finanzierten Institutionen."*

Diese inhaltliche Verschiebung geht nicht von einer realen Gefahrenanalyse aus, sondern ist rein ideologisch motiviert.

Nach wie vor wird niemand bestreiten können, dass die neofaschistische Rechte in zahlreichen Regionen des Landes eine reale und alltägliche Bedrohung für zahlreiche Menschen darstellt. 140 Tote und ungezählte Verletzte durch rechte und rassistisch motivierte Gewalt seit 1990 sprechen eine deutliche Sprache.

Die vorläufigen Zahlen für 2009 zeigen einen Anstieg rechter Gewalt. Insgesamt mehr als 16.000 rechts motivierte Straftaten, darunter 768 Gewalttaten wurden bislang registriert. Der Präsident des Bundeskriminalamts Jörg Ziercke geht von einer erwarteten Gesamtzahl von 20.000 rechten Delikten aus. Nach den vorläufigen Zahlen wurden im letzten Jahr mindestens 658 Menschen verletzt und die Ägypterin Marwa El-Sherbinie von einem Islamhasser im Gerichtssaal in Dresden erstochen.

Dagegen wird von der Springerpresse und rechten Politikern das Gespenst „linksradikaler Gewalt" und „linken Terrors" herbeigeredet – und geschrieben. Als „Beweise" angeführt werden vor allem 300 innerhalb eines Jahres in Berlin verbrannte Autos, obwohl bislang kaum Tatverdächtige (oder gar überführte Täter) ermittelt wurden und auch die Behörden nur von einer Minderheit politisch motivierter Brandanschläge ausgehen. Gerne wird auch auf Krawalle am 1. Mai in Berlin verwiesen. Die „Landeskommission Berlin gegen Gewalt" hatte dazu im vergangenen Jahr eine aus Landesmitteln finanzierte Studie am Lehrstuhl für Kriminologie und Strafrecht an der Freien Universität Berlin in Auftrag gegeben, deren Ergebnis im Februar 2010 vorgelegt wurde. Das zentrale Ergebnis der Studie lautet: die Gewalt am 1. Mai in Berlin war überwiegend nicht politisch motiviert. Vielmehr spielte Alkohol eine große Rolle. Die Straftaten richteten sich fast ausschließlich gegen Polizisten, deren Vorgehen in vielen Befragungen als „unverhältnismäßig und bedrohlich" wahrgenommen worden sei. Ein Anstieg linker Gewalt lässt sich mit dieser Studie nicht beweisen.

Aber um Wissenschaftlichkeit geht es ja gar nicht. Die Keule mit der „linken Gewalt" zielt ebenso wie die Stasi-Keule darauf, jede antikapitalistische oder auch nur anti-neoliberale Kritik und gar sozialistisches Gedankengut als „extremistisch" zu brandmarken und so aus dem legalen politischen Diskurs auszuschließen.

Grundlage hierfür ist der Extremismusansatz, den ich hier kurz vorstellen möchte. Es handelt sich bei diesem Ansatz um keine begründete, wissenschaftliche Definition oder Analyse verschiedener politischer Ausrichtungen, sondern letztlich um ein politisches Kampfinstrument, mit dessen Hilfe eine Gleichsetzung völlig gegensätzlicher politischer Richtungen vorgenommen wird. So findet sich dieser Ansatz vor allem im Bereich der staatlichen und administrativen



Auseinandersetzung mit politisch abweichenden Meinungen (Parlamente, Polizei, Verfassungsschutz, Gerichte).

In der politischen Auseinandersetzung hat die Verwendung des Extremismusbegriffs mindestens drei Funktionen: Er soll (1.) die inhaltlichen Unterschiede zwischen der radikalen Linken und einer extremen Rechten nivellieren und somit die Linke durch die begriffliche Gleichsetzung mit der extremen Rechten diskreditieren; er soll (2.) die politische Mitte unabhängig von den hier vertretenen Inhalten legitimieren und alle Abweichungen von dieser Mitte unter den Verdacht des „Extremismus" stellen; dadurch definiert der Extremismusbegriff (3.) einen legalen politischen Raum (die Mitte) und stellt alle abweichenden politischen Vorstellungen unter den Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit. Diese Definition der legitimen Mitte erfolgt jedoch nicht inhaltlich, etwa entlang den Grundwerten der Verfassung, sondern rein formal, d.h. gemäß dem Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung, zu der nach herrschender Auffassung auch das kapitalistische Wirtschaftssystem der Bundesrepublik gehört.

Der Extremismusansatz soll von den in der Mitte der Gesellschaft anzutreffenden fremdenfeindlichen, antidemokratischen oder autoritätsfixierten Einstellungen ablenken und die inhaltliche Nähe mancher Positionen der bürgerlichen Mitte zu neofaschistischem Gedankengut vertuschen. Zugleich geht es um die Verunglimpfung jeder linken Kritik an der bestehenden kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Theoretisch basiert der Extremismusbegriff auf der sehr viel älteren schon in den 1920 Jahren entstandenen Totalitarismustheorie, die in ihrer klassischen Ausprägung eine Gleichsetzung der politi-

schen Systeme des Kommunismus und Faschismus vornahm. In der Bundesrepublik gilt bis heute der Antitotalitarismus (und eben nicht der Antifaschismus) als Gründungskonsens seit 1949. Die beiden wohl führenden Vertreter des Extremismusansatzes in der Bundesrepublik, Uwe Backes und Eckhard Jesse, definieren den Begriff folgendermaßen: *„Der Begriff des politischen Extremismus soll als Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen fungieren, die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen, sei es, dass das Prinzip menschlicher Fundamentalgleichheit negiert (Rechtsextremismus), sei es, dass der Gleichheitsgrundsatz auf alle Lebensbereiche ausgedehnt wird und die Idee der individuellen Freiheit überlagert (Kommunismus), sei es, dass jede Form von Staatlichkeit als ‚repressiv' gilt (Anarchismus).“*

Wichtigstes Merkmal ist hier die Ablehnung der Werte und Normen des demokratischen Verfassungsstaates. Weiterhin nennen Backes/Jesse Merkmale des Extremismus, die sie in einer allen extremistischen Kräften gemeinsamen Denkstruktur sehen: *„Alle extremistischen Doktrinen erheben auf die eine oder andere Weise den Anspruch auf exklusiven Zugang zur historisch-politischen Wahrheit – gleichgültig ob man sich auf die Gesetze der Natur oder der Vernunft beruft.“* Diese inhaltliche Gleichsetzung wird noch um einen Punkt weitergetrieben: *„Ihr strategisches Waffenarsenal ist weitgehend austauschbar: kein Mittel der extremen Linken, das nicht auch bereits von der extremen Rechten angewendet worden wäre – und umgekehrt.“*

Somit erscheint rechter und linker Extremismus in der Wahl seines Gegners (liberaler Verfassungsstaat), der Wahl seiner Mittel und in seiner Agitationsstruktur als gleich. Erübrigt hat sich mit dieser Definition jede weitere inhaltliche Dimension. Entscheidend ist nicht das Wofür sondern das Wogegen, womit die politische Mitte, der liberale Verfassungsstaat, zum einzigen Maßstab wird, jedoch nicht inhaltlich, sondern rein auf die Form bezogen. Nicht die Inhalte, sondern das formale Bekenntnis zum liberalen Verfassungsstaat, sind das Kriterium. Egal welche inhaltliche Veränderung dieser Verfassungsstaat z. B. im Rahmen der aktuellen Sicherheitsdebatte nehmen wird, an seiner Definition und am Selbstverständnis als liberaler Verfassungsstaat wird sich nichts ändern. Mit der unzulässigen Gleichsetzung von rechts und links durch den Terminus „Extremismus“ werden die fundamentalen Unterschiede zwischen rechts (= Ungleichheit, Hierarchie, Nationalismus, Rassismus) und links (= Gleichheit, Solidarität, Internationalismus, Klassenanalyse) nivelliert.

Leider fallen auch immer wieder Politikerinnen und Politiker der Partei DIE LINKE auf den Extremismusansatz herein, wenn sie gemeinsam mit anderen Fraktionen Aufrufe „gegen jeden Extremismus“ unterzeichnen. Oft geschieht dies im guten Glauben, so ein Zeichen gegen Neofaschismus zu setzen. Doch übersehen wird, dass DIE LINKE in mehreren Bundesländern ebenfalls vom Verfassungsschutz als „extremistisch“ überwacht wird – ebenso wie viele ihrer antifaschistischen Bündnispartner.



Postkartenkampagne der CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses gegen den angeblichen linken Terror in Berlin

Mit der neuen Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (geb. Köhler) ist jetzt eine Politikerin für die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus zuständig, die schon lange als fanatische Anhängerin des Extremismusansatzes auftrat.

Schon im letzten Bundestag trat Frau Köhler als selbsternannte „Expertin“ der CDU-Fraktion für Islam, Extremismus und Integration auf.

Wissenschaftliche Texte der „Expertin“ liegen – abgesehen von ihrer laut Presseberichten unter tatkräftiger Hilfe eines wissenschaftlichen Mitarbeiters und der CDU entstandenen Doktorarbeit zu Wertvorstellungen von CDU-Bundestagsabgeordneten und CDU-Mitgliedern sowie einer Rezension im Jahrbuch der Extremismusforscher Eckehard Jesse und Uwe Backes – keine vor. Doch mit der Wissenschaftlichkeit nimmt es die „Expertin“ offenbar eh nicht so genau. Sie verlässt sich dabei nicht auf Statistiken, sondern auf ihr rechtes Bauchgefühl.

Im hessischen Landtagswahlkampf 2008 beklagte sie in der Sendung Panorama des ARD eine Zunahme „deutschenfeindlicher Gewalt“ von Ausländern und berief sich dabei auf eine Studie des Kriminologen Christian Pfeiffer. Dieser stellte anschließend klar, dass es gar keine Studie mit einem solchen Ergebnis gäbe.

Das Weltbild der Familienministerin speist sich aus ihren Lieblingsideologen und Stichwortgebern, den „Extremismusforschern“ Uwe Backes und Eckehard Jesse aus Sachsen. Mit diesen teilt sie die Einschätzung: Linksextremisten unterscheiden sich nicht so sehr von Rechtsextremisten. Linksextremisten finden sich bereits am linken Rand der SPD. Rechtsextremisten finden sich dagegen nie am rechten Rand der Unionsparteien.

Entsprechend blind ist Frau Schröder gegenüber rechten Umtrieben gerade ihrer hessischen CDU und Jungen Union, die immer wieder als regelrechtes Scharnier zwischen Konservativismus und Neofaschismus fungieren. Erinnert sei nur an Alfred Dregger oder an die antisemitische Hetze des Abgeordneten Martin Hohmann aus Fulda, der zwar dann aus der CDU austrat, aber grade in Hessen viel Beifall von der Parteibasis bekommen hatte.

Erst 2009 löschte Frau Köhler auf ihrer Website Links zu wohlwollenden Artikeln aus der Rechtsaußen-Postille Junge Freiheit und dem rassistischen Islamhasserportal Politically Incorrect.

Es ist nicht zu viel gesagt, die Bundesfamilienministerin als eine Vertreterin der Neuen Rechten zu bezeichnen. Also eine Vertreterin derjenigen Strömung, die sich um eine rechte kulturelle Hegemonie bemüht und dazu den wissenschaftlichen, medialen und politischen Apparat unterwandert. Die Vertreter der Neuen Rechten fungieren mit ihrem intellektuellem Anspruch als Weißwäscher des braunen Sumpfes, die neofaschististische und ultrarechte Diskurse Mainstream-tauglich machen. Die Neue Rechte strebt insbesondere eine Deutungshoheit zum Thema Rechtsextremismus an.

Schon im Januar hat die Familienministerin zwei Millionen Euro für Pilotprojekte gegen „Linksextremismus“ und Islamismus locker gemacht. Ende des Jahres kommen dann die auslaufenden Projekte gegen Rechtsextremismus insgesamt wie angedroht auf den Prüfstand und sollen in allgemeine Anti-Extremismusprojekte umgewandelt werden.

Trotz seines Namens förderte das im Jahr 2000 während des „Aufstandes der Anständigen“ vom Bundesinnenministerium und dem Justizministerium gegründete „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ bislang Projekte, die sich im weitesten Sinn gegen Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus richteten.

Nun wird auch das Bündnis, dessen Beirat außer beispielsweise mir oder Monika Lazar von den Grünen auch Totalitarismusforscher Uwe Backes und eben Kristina Schröder angehören, auf die neue Linie gegen jeden Extremismus eingeschworen. Im Internetauftritt des Bündnisses heißt es dazu: *„In den für das BfDT neuen Bereichen Aktivitäten gegen den Linksextremismus und den Islamismus wird das BfDT zunächst in einer explorativen Phase die existierenden zivilgesellschaftlichen Handlungsansätze identifizieren. Anschließend wird das Bündnis aktiv auf für eine Kooperation geeignete Partner aus diesen Bereichen zugehen, um eine möglichst praxisorientierte Zusammenarbeit zu initiieren.“*

Problematisch dürfte es allerdings werden, entsprechende zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Linksextremismus ausfindig zu machen. Es sei denn, neonazistische Kameradschaften gründen mal eben Bürgerstammtische gegen die kommunistische Gefahr, um in den Genuss staatlicher Fördermittel zu kommen. Aber es gibt natürlich schon jetzt eine ganze Reihe von Initiativen, die sich aus strikt antikommunistischer Sicht mit der Aufarbeitung der so genannten SED-Diktatur beschäftigen und bald in den Genuss eines erweiterten Geldsegens kommen dürften.

Frau Schröder hat angekündigt, alle bisherigen vom Bund unterstützten Projekte gegen Rechtsextremismus vom Verfassungsschutz überprüfen zu lassen. Es handelt sich dabei wohlgemerkt um Projekte, wie die Mobilen Beratungsteams gegen Rechts oder das Netzwerk Opferperspektive, die unter der SPD-Grünen-Regierung oder unter der Großen Koalition entstanden waren oder gefördert wurden. Anti-Antifaschismus ist jetzt offiziell Regierungsprogramm geworden.

Doch werfen wir noch einen kurzen Blick nach NRW. Bislang tat sich der Verfassungsschutz NRW dadurch hervor, dass er auch einige rechte Grauzonen beleuchtete, die die Bundesregierung geflissentlich ignoriert. Jahrelang war die Junge Freiheit – das führende Organ der Neuen Rechten – im NRW-Verfassungsschutzbericht, bis die Zeitung erfolgreich dagegen vor Gericht klagte. Und nach wie vor stehen die rassistische Vereinigung Pro Köln und ihre landesweite Ausdehnung Pro NRW im Fokus der NRW-Innenbehörden. Das ist insofern bemerkenswert, als dass Pro NRW in vielem an Debatten und Gesinnungen anknüpft, die auch am rechten Rand der Union und FDP geführt werden.

Doch auch die NRW-Landesregierung ist nicht immun gegen den Extremismusansatz. Bestes Beispiel ist die vom NRW-Verfassungsschutz herausgegebene und mit einem Vorwort von Innenminister Ingo Wolf versehene Comix-Serie Andi, mit der Kinder und Jugendliche über „Extremismus“ aufgeklärt werden sollen. Comix-Held Andi und seine Freunde bekommen es da hintereinander mit allen drei „Extremismen“ zu tun. Ging es im ersten Heft noch um die Auseinandersetzung mit Neofaschisten, so geriet im zweiten Heft ein Freund Andis in die Fänge eines islamistischen „Hasspredigers“. Im kürzlich erschienenen dritten Andi-Heft landet einer von Andis Freunden bei den Autonomen. Was mit Punk-Musik in einem linken Zentrum anfängt, führt über harmlose Graffitis unweigerlich zu brennenden Autos, so die Botschaft. Und hier taucht auch wieder Neonazi Eisenheinrich aus Heft 1 auf. Nur ist der inzwischen kein Skinhead mehr, sondern schwarz gekleideter Autonomer Nationalist. „Die reden voll den gleichen Quark“ … „Und aussehen tun sie auch gleich“ … „Aber hassen tun sie sich wie die Pest“, stellen Andi und seine Freunde erstaunt fest, als Eisenheinrich und linke Autonome aufeinander treffen.

Der Extremismusansatz samt seiner Terminologie kann kein positiver Anknüpfungspunkt für Antifaschisten und Linke sein. Der damit transportierte Inhalt immunisiert den liberalen Verfassungsstaat vor jeglicher Kritik, verschiebt das Problem der extremen Rechten auf den Randbereich des politischen Spektrums und leugnet die Wechselwirkung zwischen Diskursen der politischen Mitte und der Stärkung etwa der extremen Rechten, also den „Extremismus der Mitte“.

Mit der unzulässigen Gleichsetzung von rechts und links durch den Terminus „Extremismus“ werden die fundamentalen Unterschiede zwischen rechts – also Ungleichheit, Hierarchie, Nationalismus, Rassismus – und links – also Gleichheit, Solidarität, Internationalismus, Klassenanalyse – nivelliert. Wie gezeigt abstrahiert der Extremismusansatz von jeder inhaltlichen Bestimmung seines Gegenstandes. Für uns ist es deshalb entscheidend, immer wieder die Inhalte der extremen Rechten als Begründung für unseren Kampf gegen rechts hervorzuheben: Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und NS-Verherrlichung – dass sind die Gründe für Maßnahmen gegen die extreme Rechte, nicht ihre formale Nähe oder Ferne zum liberalen Verfassungsstaat. Mit unserem Verständnis der bürgerlichen Freiheitsrechte und der sozialen Grundrechte, wie sie sich aus der Verfassung ergeben, sollten wir offensiv den Vorwurf des Extremismus zurückweisen und ihn vielmehr gegen die wenden, die diese Rechte täglich mit ihrer Politik verletzen. Entscheidend ist dabei der Hinweis, dass das Grundgesetz keine Wirtschaftsverfassung vorschreibt, der Kapitalismus somit nicht zum Kernbestand der Verfassung gehört und demnach Antikapitalismus nicht unter Extremismusverdacht gestellt werden kann.

Während angesichts des nun geradezu zum Regierungsprogramm ernannten Anti-Antifaschismus kaum mit einem wirklichen staatlichen Vorgehen gegen den Neofaschismus zu rechnen ist, haben weit über Zehntausend Antifaschistinnen und Antifaschisten am 13. Februar in Dresden gezeigt, wie sich die Nazis stoppen lassen. Mit Massenblockaden wurden rund 5000 Neofaschisten an ihrem alljährlichen Marsch gehindert und mussten unverrichteter Dinge abziehen. An diesen Erfolg gilt es anzuknüpfen – auch wenn Extremismusforscher Eckhard Jesse anschließend in bewährter Weise die Verhinderung des Nazimarsches zur „Niederlage für den Rechtsstaat“ umdeutete und suggerierte, dass die Blockierer gewalttätig seien. ■

Josef „Jupp“ Angenfort, der Ehrenvorsitzende der VVN-BdA NRW starb am 13. März in Düsseldorf im Alter von 86 Jahren

„Wir haben einen guten, mutigen Menschen verloren. Von der katholischen Jugend zum Nationalkomitee Freies Deutschland, vom Lehrer an der Antifaschule zum FDJler, Gewerkschafter und Kommunisten, vom Landtag in Düsseldorf in den fünf Jahre währenden Adenauer-Knast und dann zum linken Aktivisten und unermüdlichen antifaschistischen Mahner. So bleibt er uns in Erinnerung.“ schreibt die VVN-BdA zum Tod von Jupp. „Wir wollen sein Vermächtnis erfüllen: „Nach der Selbstbefreiung im April 1945 erhoben die befreiten Häftlinge des KZ Buchenwald auf dem Appellplatz die Hand zum Schwur: Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Aber der Nazismus wurde nicht mit seinen Wurzeln ausgerottet. Hitlers Schatten und die Macht eines neuen Militarismus verdunkeln unsere Gegenwart und Zukunft, wenn wir nicht auch diesen Satz des Schwurs von Buchenwald beherzigen: Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht. Und wenn die Mörder nicht mehr leben, dann gilt es, die gesellschaftlichen Zustände anzuklagen, die Reaktion und Krieg immer wieder gebären. Das sind wir den Opfern des Faschismus schuldig. Das sind wir aber auch unseren Kindern und Enkelkindern schuldig, denen wir eine friedliche freundliche Welt bereiten wollen.“ (Jupp Angenfort zum 60. Gründungstag der VVN in Nordrhein-Westfalen.)

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten, Prof. Heinrich Fink für den Bundesausschuss , Traute und Ulrich Sander, Jochen Vogler für den Landesausschuss NRW, Jürgen Schuh für die Kreisvereinigung Düsseldorf

Die Trauerfeier findet statt am Dienstag, dem 30. März 2010, 12.00 Uhr, Kapelle des Stoffeler Friedhofs, Düsseldorf-Oberbilk, Bittweg 60 (Nähe UNI-Kliniken).

Minderjährige schützen – Abschiebehaft abschaffen – Abschiebungen stoppen

HAMBURG. Nach Angaben der Hamburger Justizbehörde wurde am Sonntagnachmittag der 17-jährige David M. erhängt im Gefängniskrankenhaus aufgefunden. Der aus Georgien stammende Flüchtling hatte in Deutschland um Asyl nachgesucht, das abgelehnt wurde. Obwohl minderjährig saß er seit Februar in Abschiebehaft. Er hatte schon seit längerer Zeit Essen verweigert. Soweit die dürren Fakten, hinter denen ein weiteres Leben steht, das durch die rassistische Ausländergesetzgebung endgültig zerstört wurde.

„Davids Tod reiht sich in eine menschenverachtende Flüchtlingspolitik ein.



Gegenüber minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen (MUF) zeichnet sich gerade Hamburg durch eine besonders schlimme Vorgehensweise aus: Statt die Rechte und das besondere Schutzbedürfnis der Jugendlichen zu bedenken, sie von der Jugendbehörde in Obhut zu nehmen, wie es ihnen gesetzlich zusteht, werden sie ohne Dolmetscher isoliert, zurückgeschoben oder gleich mit einem fiktiven Geburtsdatum für erwachsen erklärt.

Abschiebehaft ist eine staatliche Zwangsmaßnahme, die willkürlich verhängt wird. Sie gehört ersatzlos abgeschafft, und Jugendliche dort unterzubringen, ist eine krasse Verletzung der Kinderrechte! Wir sind traurig und wütend über den Tod von David M. Deshalb finden wir es wichtig uns spontan zu versammeln und gegen diese mörderisch rassistische Politik zu protestieren.“ so der Flüchtlingsrat Hamburg in einer ersten Stellungnahme.

Am 9.3.2010 fand eine Demonstration statt, die am Bahnhof Sternschanze gbegann und mit einer Abschlusskundgebung vor dem Untersuchungsgefängnis, in dessen Haftkrankenhaus David M. starb, endete.

In vielen Stellungnahmen wird die Frage der Abschiebehaft jetzt probematisiert,hier einige davon:

Jugendschutz sieht anders aus

Die Aussetzung von Abschiebehaft für minderjährige Flüchtlinge, wie von Senator Ahlhaus angekündigt, ist ein wichtiger Schritt. Dies ist jedoch eine Selbstverständlichkeit, da die ständige Rechtsprechung belegt, dass Abschiebehaft bei minderjährigen Flüchtlingen in der Regel unrechtmäßig erfolgt. Dieser Schritt kann also kaum als Zugeständnis für eine jugendgerechte Inobhutnahme aufgefasst werden. Das wesentliche Hamburger Problem ist eine fehlende Inobhutnahmestruktur für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Personen, von denen angenommen werden kann, dass sie minderjährig sind, müssen unmittelbar durch das Jugendamt in einer Einrichtung der Jugendhilfe in Obhut genommen werden. Dies passiert in Hamburg nicht. Und dies führt zu Katastrophen wie dem Tod von David M. Die Diskussion über das Alter von David M. ist überflüssig. Er wurde als Minderjähriger festgehalten und behandelt.

Posthum das Alter zu verhandeln, kann nicht darüber hinweg täuschen, dass es jeden 17-Jährigen in Hamburg hätte treffen können. Der Tod von David M. sagt viel über den Umgang mit Minderjährigen in Deutschland aus. Für die Jugendämter ist es eine letzte Warnung, ihrer Fürsorgepflicht nachzukommen. Die Jugendämter in Deutschland müssen sich Fragen, ob sie den derzeitigen Umgang weiterhin dulden wollen. Denn weiterer Schaden wird so nicht verhindert.

Bundesverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge, 11.3.2010 ■

Staatsanwaltschaft an Hintergründen nicht interessiert

... David Ms Geschichte ist ein besonders tragisches Bespiel für die Folgen einer (europäischen) Flüchtlingspolitik, die in den Flüchtlingen zunächst einmal ein Verwaltungsobjekt sieht, und einer (deutschen) Asyl- und Ausländerpolitik, die meint, nationale und internationale Regeln des Jugendschutzes müssten für minderjährige Flüchtlinge nicht gelten. Gerade in Hamburg, so zeigt sich in unserer Beratungsarbeit, rückt der Jugendschutz oft an die zweite Stelle.

Haft zur Vorbereitung der Abschiebung ist unserer Auffassung nach schon bei Erwachsenen unverhältnismäßig – bei Minderjährigen ist sie unverantwortbar. Im Fall David M. handelte es sich zudem um eine Haft zur Rückschiebung in ein Drittland. Das bedeutet, David M. hat bei uns keine Gelegenheit erhalten zu berichten, warum er geflohen ist.

Obgleich er nach ihren Akten erst 17 Jahre alt war, interessierte die beteiligten Behörden offenbar nicht, ob er Schutz benötigte und warum er nicht erwartete, diesen in Polen zu finden. Nicht zuständig – nicht unser Problem. ... Die Beteiligten haben reflexartig erklärt, sie hätten keine Fehler gemacht. Dabei wirft der Verlauf doch einige Fragen auf:

1. Als David M. aufgegriffen wurde, ging man davon aus, dass er ein minderjähriger unbegleiteter Flüchtling ist. Nach § 42 Abs. 1 Nr. 3 SGB VIII sind unbegleitete Minderjährige in Obhut zu nehmen. Warum ist das nicht passiert? Wurde das Jugendamt gar nicht eingeschaltet? Oder ist es nicht tätig geworden?

2. Es wurden umgehend erheblich belastende Verwaltungsakte erlassen und Haft verfügt. Warum wurde für einen vermeintlich Minderjährigen kein Vormund bestellt?

3. Nach der Inhaftierung zeigte sich Davids Ms Verzweiflung durch seinen Hungerstreik deutlich. Seine Rückschiebung nach Polen mag gesetzlich möglich gewesen sein – zwingend war sie nicht. Wurde eine Ermessensentscheidung überhaupt geprüft?

4. Anlässlich des Hungerstreiks, wurde David M. in das Zentralkrankenhaus der UHA gebracht. Dort wurden Gespräche von einem Kinder- und Jugendpsychiater mit ihm geführt. Doch sicher nicht, weil man der Ansicht war, dass es ihm gut ging. ... Und selbst wenn seine Suizidabsichten wirklich nicht zu erkennen gewesen wären – Ist es denkbar, dass sich ein psychisch labiler, vermeintlich minderjähriger Flüchtling in einem kameraüberwachten Krankenzimmer einer Haftanstalt, erhängt, und niemand hat einen Fehler gemacht?

David M. und seiner Familie gehört unser Mitgefühl und wir wünschen seinen Angehörigen, dass sie Antworten erhalten, wenn sie Fragen stellen. Die bisherige Auskunft der Staatsanwaltschaft, ein Behördenversagen werde nicht geprüft, weil es sich um einen „reinen Abschiebevorgang“ gehandelt hätte, genügt jedenfalls nicht.

Fluchtpunkt, 12.3. www.fluchtpunkt-hh.de ■



Am 11. März demonstrierten auch in Hannover rund 110 Personen, um auf den Tod des 17-jährigen georgischen Flüchtlings David M. in Hamburg und die rassistische, menschenverachtende Abschiebepolitik Deutschlands aufmerksam zu machen. Nach einer Auftaktkundgebung am Steintor, bei der u.a. ein Redebeitrag zum Anlass der Versammlung verlesen wurde, zog die Demonstration lautstark quer durch die Innenstadt. ... bis vor die Ausländerbehörde, wo ein Redebeitrag zum Abschiebeknast am Flughafen Hannover/Langenhagen gehalten wurde, in dem sich am 8. Dezember 2000 der tamilische Flüchtling Arumugasamy Subramaniam an seinen Schnürsenkeln erhängte.

Quelle: Antira-Initiative Hannover 12.3.2010 - http://de.indymedia.org ■

Keine Ruhe für Roma

Bremen. Seit Jahren leben 350 geduldete Roma in Bremen. Nun sollen sie zurück ins Kosovo. Das geht aus der Senatsantwort auf eine Anfrage der Grünen hervor. Abschiebungen von Roma sollen zwar nur „sehr zurückhaltend" durchgeführt werden. Im „Einzelfall" aber, werde eine „zwangsweise Rückführung unvermeidbar sein", formuliert die Innenbehörde.

Die nach dem NATO-Angriff auf Serbien 1999 eingesetzte UNO-Verwaltung hatte es strikt abgelehnt, nach Deutschland geflüchtete Roma zurückzunehmen. 2008 übergab die UNO die Macht an eine Unabhängigkeitsregierung – die aber nur wenige Staaten anerkannten, darunter Deutschland. Das ließ sich die diplomatische Anerkennung mit einem Abkommen bezahlen, in dem sich das Kosovo verpflichtet, die rund 10.000 geduldeten Roma bis 2013 zurückzunehmen. Trotz Warnungen von Menschenrechtsorganisationen begannen im Herbst 2009 die Abschiebungen.

Nach Angaben der Innenbehörde hat Bremen 29 Roma zur „freiwilligen Ausreise" aufgefordert. „Das klingt nach wenig, aber in der Community herrscht die totale Panik", sagt Claudia Jacobs, die beim Paritätischen Bildungswerk Flüchtlinge berät. „Die Angst, es könne sie als nächste treffen, überträgt sich auf alle Geduldeten." Einige Familien leben seit über zehn Jahren in Bremen, viele der Kinder sind hier geboren und aufgewachsen. In der Senatsantwort sind neun staatlich finanzierte Integrationsprojekte für Roma im Stadtteil Grohn aufgelistet. „Die Arbeit mit dieser Zielgruppe hat sich insgesamt gut entwickelt", heißt es. Die beteiligten Roma-Familien seien „sehr bemüht sich zu integrieren", und betrachteten die Angebote „als Wertschätzung gegenüber ihrer sonst diskriminierten Minderheit". Doch alle Integrationsbemühungen werden durch das Rücknahmeabkommen konterkariert, fürchtet Jacobs. „So werden die Leute, die man einerseits integrieren will, total unter Druck gesetzt. Und freiwillig möchte niemand ins Kosovo zurück."

Roma Virtual Network 22.2.10 ■

Proteste der Flüchtlinge im Lager Lebach halten an

Saarland. Seit Freitag, 5. März verweigern einige hundert Flüchtlinge im saarländischen Lager Lebach die Annahme ihrer Lebensmittelpakete. Die Proteste begannen während des Besuchs des Innenausschusses des Saarländischen Landtages am 4. März im Flüchtlingslager Lebach. Zwei Tage zuvor hatte ein Flüchtling auf einer Pressekonferenz des Saarländischen Flüchtlingsrates über die massive bürokratische Gängelung durch die Lagerverwaltung gesprochen. Er musste sein Aquarium abschaffen und kann die Duschen nicht nutzen, weil er zu deren Öffnungszeiten arbeitet.

Die Flüchtlinge protestieren, weil sie die Zustände im Lager Lebach und die Gängelung durch die Verwaltung satt haben. Statt Lebensmittelpakete wollen sie Geld haben, damit sie selbst bestimmen können, was sie für sich und ihre Familien einkaufen. Seit Jahren müssen die Flüchtlinge im Lager Lebach zweimal die Woche für Lebensmittel- und Hygienepakete anstehen. Grundlage dafür ist das Asylbewerberleistungsgesetz. Das diskriminierende Sachleistungsprinzip ist ein Beispiel dafür, wie Asylpolitik hierzulande gegen die Bedürfnisse der Menschen vollstreckt wird. Sogar um den Preis, dass Verwaltungsaufwand und Transport der Lebensmittelpakete aus Bamberg (bei Nürnberg) mit Mehrkosten verbunden sind. Dass es auch anders geht, haben mittlerweile schon einige Bundesländer wie Hamburg, Bremen, Berlin, Hessen und Sachsen-Anhalt erkannt und auf Geldleistungen umgestellt.

Der SFR fordert die Landesregierung auf, die Proteste der Bewohnerinnen und Bewohner des Lagers Lebach Ernst zu nehmen und endlich vom Sachleistungsprinzip abzurücken und den Flüchtlingen Geld auszuzahlen. Das Positionspapier des SFR zum Flüchtlingslager Lebach gibt es hier: http://www.asyl-saar.de/Positionspapier_2009_Landtagswahl.pdf

Saarländischer Flüchtlingsrat Pressemitteilung, 9.3.2010 ■

Essensboykott in Bayern weitet sich aus

Seit Dienstag, den 9.3.2010 beteiligen sich auch Flüchtlinge aus Regensburg und Passau an den Essenspaketeboykotts, die BewohnerInnen der Flüchtlingslager im Landkreis Passau begonnen haben. Damit boykottieren jetzt Flüchtlinge in Hauzenberg, Breitenberg, Bogen, Regensburg und Passau die Annahme der Essenspakete. Sie fordern gemeinsam „Bargeld statt Essenpakete, weg mit der Residenzpflicht, generelle Arbeitserlaubnis, Abschaffung der Lagerpflicht und Respekt von den Verantwortlichen in Ausländerbehörden, Landratsämtern und im Innenministerium".

Die Forderungen machen deutlich, dass bereits die Gestaltung des Alltags in den Flüchtlingslagern eine massive Belastung darstellt. Unterbringung in Mehrbettzimmern und zwangsweise Versorgung mit Sachleistungen mit einhergehenden Arbeitsverboten machen es den Flüchtlingen unmöglich, ein menschenwürdiges Leben zu führen.

Dem Boykott liegt zudem zu Grunde, dass die Versorgung mit Essenspaketen mehr als mangelhaft ist. Das zeigen auch die Kosten, die dem Freistaat Bayern dafür entstehen: Dr. Oliver Bloeck, als Referent im Sozialministerium für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen zuständig, erklärte im Rahmen der ExpertInnenanhörung am 23.4.2009 im Bayerischen Landtag: „Die Verpflegung kostete [in 2008] pro Leistungsbezieher monatlich rund 100 Euro". Dabei müssen die Essenspakete laut § 23 der bayerischen Asyldurchführungsverordnung für alleinstehende Flüchtlinge oder Haushaltsvorstände einen Wert von 132,94 Euro haben, für Kinder unter 8 Jahre 89,48 Euro, sowie 125,78 Euro für Kinder ab 8 Jahren, Jugendliche und alle anderen erwachsenen Haushaltsangehörigen.

„Bis Ende März wollen CSU und FDP im Bayerischen Landtag eine Entscheidung über die Zukunft der Lagerunterbringung und der Versorgung mit Sachleistungen treffen. Wir fordern die Verhandlungsdelegationen dringend auf, die Forderungen der Flüchtlinge ernst zu nehmen. Lagerzwang und Essenspakete müssen umgehend abgeschafft werden", so der Bayerische Flüchtlingsrat.

Weitere Informationen: www.fluechtlingsrat-bayern.de, www.carava.net ■

E-Petition an den Bundestag gegen Residenzpflicht

Berlin. Seit dem 15. März steht eine E-Petition an den Bundestag gegen die Residenzpflicht zur Mitzeichnung im Netz. Innerhalb von sechs Wochen, also bis zum 27. April 2010, kann sich jede und jeder, die/der sich bei epetitionen.bundestag.de registriert, die Petition mitzeichnen und unterstützen.

Wenn in den ersten drei Wochen mindestens 50.000 Unterzeichner/innen zusammenkommen, wird über sie im Petitionsausschuss öffentlich verhandelt.

Eventuell unterstützen Abgeordnete des Bundestags die Petition, die dann dem Bundestag zum Beschluss vorgelegt wird. Hier der Link zur Petition: https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=10249

Wortlaut der Petition: Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass die "Residenzpflicht" (Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) § 56 und §85 Punkt 2.) abgeschafft wird, die es Asylbewerber_innen und geduldeten Flüchtlingen verbietet, ihren Meldelandkreis ohne behördliche Ausnahmegenehmigung zu verlassen.

Begründung: Die Residenzpflicht, also das Verbot, den Meldelandkreis ohne behördliche Ausnahmegenehmigung zu verlassen, stellt für viele Betroffene eine enorme Einschränkung dar, der sie teilweise viele Jahre lang unterliegen. Das liefert sie der Willkür der Behörden aus, die über die Ausnahmegenehmigungen zu entscheiden haben. Viele setzen sich dann notgedrungen über das Verbot hinweg, was zu Prozessen, Geld- und Gefängnisstrafen führt, da Verstöße gegen die Residenzpflicht im Wiederholungsfall als Straftat gelten. Dabei nehmen sie nur wie wir alle ganz selbstverständlich ihr Recht aus Artikel 13 (1) der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in Anspruch, sich innerhalb des Landes frei zu bewegen. Der Besuch von Freunden, Verwandten und des Nachbarortes sollte möglich sein, ohne einen "Urlaubsschein" bei der Ausländerbehörde beantragen zu müssen, der von den Behörden oft abgelehnt wird.

Im Diskussionsforum zur e-Petition ist die Debatte schon entbrannt.

Kontakt: residenzpflicht.info ■

Wer Leben rettet, gehört nicht auf die Anklagebank

BERLIN. Das Komitee „SOS Mittelmeer" setzt sich für die tunesischen Fischer ein, die 44 Menschen aus Seenot im Mittelmeer gerettet haben. Sie wurden von den italienischen Behörden kriminalisiert und ein sizilianisches Gericht verurteilte die Kapitäne Bayoudh und Jenzeri im November 2009 zu einer Haftstrafe von 30 Monaten sowie zu einer Geldstrafe von 440.000,00 Euro. Ihre Boote wurden konfisziert und auf Lampedusa festgelegt, wo sie inzwischen aufgrund der erlittenen Schäden unbrauchbar geworden sind. Die Existenzgrundlagen der Fischer und ihrer Familien wurden damit ruiniert. Die Kriminalisierung der Lebensretter durch das skandalöse Urteil kann nicht hingenommen werden.

Seit Ende Februar 2010 liegt das schriftliche Urteil vor und die Anwälte bereiten die Revision vor. Auf einer Pressekonferenz in Berlin am 25.3. wird jetzt über den aktuellen Stand informiert sowie über die Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Flüchtlingen im Mittelmeer insgesamt. Elias Bierdel als Vertreter der Menschenrechtsorganisation „borderline europe" wird eine kurze Lageeinschätzung geben. Bierdel – der ehemalige Chef des Komitees Cap Anamur – musste sich wegen „bandenmäßiger Beihilfe zur illegalen Einreise in besonders schwerem Fall" vor italienischen Gerichten verantworten. Nach mehr als fünf Jahren Untersuchung und Verhandlung wurden er und der Kapitän Schmidt im September 2009 freigesprochen.

Fanny Michaela Reisin und Heidi Bischoff-Pflanz (Sprecherinnen des Komitees), Email: menschenfischer@bildungswerk-boell.de ■

Protest am Düsseldorfer Flughafen

DÜSSELDORF, 17.3.2010. Vor dem Eingang Abflughalle B des Düsseldorfer Flughafens war sie einberufen worden, die Pressekonferenz. Der Grund: eine Sammelabschiebung in den Kosovo. Mit einer Chartermaschine der Czech-Air sollten 150 Roma und Angehörige anderer Minderheiten in das Kosovo abgeschoben werden. Dort erwartet sie Elend, Leben in Slums oder slumähnliche Zustände. Eine soziale Absicherung gibt es nicht, die Familien stehen vor dem absoluten Nichts. Hinzu kommen die tagtägliche Ausgrenzung und der Rassismus seitens der albanischen Bevölkerung.

Eingeladen hatten der Rom e.V., die Initiative Stay!, Diakoniepfarrer Torsten Nolting, Frank Laubenburg, Landtagskandidat Die Linke und Monika Düker MdL, Flüchtlingspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Grüne. Aufgrund von Problemen bei früheren, ähnlichen Protestveranstaltungen am Düsseldorfer Flughafen wurde die Pressekonferenz außerhalb des Gebäudes, am Eingang und auf offener Straße abgehalten. Das Medienecho war erstaunlich groß.

Zunächst sah es nach einer kleinen Runde aus, 5-10 VertreterInnen der verschiedenen Beratungsstellen und Flüchtlingsorganisationen standen der Presse gegenüber, einige mit Luftballons mit der Aufschrift „Hier geblieben". Doch noch während Interviews geführt wurden und die Presse ihre Fragen stellte, konnten aus dem Inneren der Abflughalle Trommeln und Sprechchöre „Bleiberecht für alle! Abschiebung ist Folter! etc" vernommen werden. Rythms of Resistance und andere UnterstützerInnen machten lautstark die Reisenden auf die in diesem Moment und in diesem Flughafen vorbereitete Abschiebung der 150 Roma aufmerksam. Entgegen den letzten Jahren war ihnen der Zutritt zur Halle gelungen und die ca. 30 Leute konnten mit viel Lärm und bei guter Akustik eine große Runde in der Abflughalle drehen. Draußen bei der Pressekonferenz angekommen, wurde aufgehört zu trommeln, 2 große Transparente entrollt. („Abschiebestopp jetzt!" „Grenzen auf! Stop Deportation! Bleiberecht für alle!") Die letzten Flugblätter waren schnell an das überwiegend wohlwollend interessierte Publikum verteilt. ...

Am Ende der Pressekonferenz entschlossen sich die noch Verbliebenen zu einem spontanen Spaziergang zum Gate F. An der Seite der Abflughalle gelegen ist dies der Ort, wo die Roma aus ganz Niedersachsen und NRW hingebracht werden und von wo aus der Abschiebe-Charter startet. Dort wurde sich niedergelassen und abgewartet. Um 13 Uhr sollte der gecharterte Flug mit Czech-Air starten. Informationen besagten, dass es zu Verzögerungen kommen könnte. Und so wurde um 13 Uhr beschlossen wieder gemeinsam zurückzugehen. Auch jetzt konnte wieder die große Zufahrtsstraße zur Abflughalle genommen werden und trotz Polizeipräsenz eine weitere laute Runde in der Abflughalle gedreht werden, diesmal mit Transparenten. Alles im allem eine zwar kleine, aber sehr gelungene Aktion. Und weil wir leider erst am Anfang von einer ganzen Welle von großen Abschiebungen in unterschiedliche Länder stehen, wird es wohl nicht das letzte Mal gewesen sein! Die menschenverachtende Abschiebemaschinerie nicht kommentarlos hinnehmen! Das ganze Bleiberecht für alle! – Wer bleiben will soll bleiben! Kein Mensch ist illegal! Sand ins Getriebe!

Quelle: http://de.indymedia.org ■



Harte Urteile wegen „Brandstiftung“ im Abschiebezentrum

Am 22. Juni 2008 brannte das Abschiebezentrum (CRA) von Vincennes, vor den Toren von Paris, bis auf die Grundmauern nieder. Voraus ging eine Revolte der Insassen, nachdem ein 41-jähriger herzkranker Tunesier mit Namen Salem Souli mutmaßlich aufgrund mangelnder ärztlicher Behandlung in der Abschiebeanstalt verstorben war; vgl. http://www.antifaschistische-nachrichten.de/2008/13/2frankreich.shtml. Damals hatte ein Schweigemarsch der Insassen im Inneren des Abschiebezentrums sich schnell zur spontanen Revolte ausgeweitet. Um ein Exempel zu statuieren, hat die französische Staatsmacht seit Ende Januar dieses Jahres insgesamt zehn frühere Insassen des CRA von Vincennes als „Brandstifter“ oder „Rädelsführer“ im Pariser Justizpalast vor Gericht stellen lassen. Konkret wurden vieren von ihnen vorgeworfen, Feuer gelegt zu haben. Vier anderen wird zur Last gelegt, Aufsichtsbeamte attackiert bzw. sich ihnen widersetzt und Sachbeschädigungen vorgenommen zu haben. Zwei weitere Personen schließlich sollen, als angebliche „Anführer“, für die Gesamtheit der Handlungen verantwortlich gewesen sein. Am 17. März nun fiel das Urteil.

Ein Rückblick auf das Verfahren

Die Prozessdauer war ursprünglich auf drei Tage angesetzt, die sich jedoch angesichts der Anzahl zu hörender Angeklagter und Zeugen, und der Fülle zu sichtendem Beweismaterials als unzureichend erwiesen. Die Vorsitzende Richterin Nathalie Dutartre ließ daraufhin weitere Verhandlungstermine über die folgenden drei Wochen hinweg ansetzen. Doch am 1. Februar 10 zog die Verteidigung aus und kehrte im weiteren Prozessverlauf nicht wieder auf die Gerichtsbänke zurück: Die prominente Strafverteidigerin Irène Terrel als führende Anwältin der Beklagten war zu der Auffassung gekommen, dass ihr vom Gericht keinerlei Chance auf echte Verteidigung gelassen werde.

Sämtliche Beweisanträge der Verteidigung waren zuvor abgeschmettert worden. So hatte die Polizei 35 Stunden Videofilmmaterial vorgelegt, das angeblich die „Schuld“ der Angeklagten belegen sollte. Doch dieses Bildmaterial war der Verteidigung, trotz ihres mehrfach gestellten Antrags, nicht zugestellt worden. Erst im Gerichtssaal wurden ausgewählte, durch die Polizei ausgesuchte, Szenen daraus aufgeführt. Das jeweilige Bildmaterial war durch die Bank weg von schlechter Qualität; und es bewies allenfalls, dass die Beschuldigten ihre Matratzen aus ihrer jeweiligen Zelle herausgetragen hatten – was durch die Angeklagten auch eingeräumt worden war –, man sieht aber an keiner Stelle einen von ihnen mit einem Feuerzeug, Streichholz, Brandbeschleuniger oder sonst einem Brand verursachenden Gegenstand hantieren. Das Gericht wertete die Aufnahmen jedoch als taugliches Belastungsmaterial. Erst während der laufenden Verhandlung wurden die Aufnahmen dann auch der Verteidigung überreicht; reichlich spät freilich (angesichts von 35 Stunden Länge der Videoaufnahmen), um sie in eine Verteidigungsstrategie einbauen zu können. Dass die Verteidigung auszog, während die Ausstrahlung der – durch die Polizei ausgewählten – Versatzstücke der Aufnahmen im Gerichtsaal begann, beeindruckte die Richter/innen im übrigen nicht: Sie drehten zu dem Zeitpunkt einfach ihren Sessel in Richtung Leinwand und kümmerten sich nicht weiter über die Proteste der Verteidigung.

Auch hatte das Gericht es abgelehnt, Untersuchungen vornehmen zu lassen, die belegen sollten, ob das CRA von Vincennes – das sich auf dem Gelände einer Polizeischule im südöstlich an Paris angrenzenden Stadtwald befindet – irgendwelchen Brandschutznormen genügte. Die Verteidigung hatte Einsicht in ein detailliertes Einsatzprotokoll der Feuerwehr nehmen wollen: Beweisantrag abgelehnt. „Die (Vorsitzende) Richterin weiß nicht, wer diese Leute waren, wie ihr Leben bestand, und warum sie in Abschiebegewahrsam waren“, stellte die Verteidigung fest. Auch zu vorausgegangenen Revolten im ersten Halbjahr 2008 und ihren Ursachen wollte das Gericht keine Anhörungen vornehmen; den Autopsiebericht für das Ableben des toten Insassen Salem Souloh – die Autopsie war in Frankreich vorgenommen worden – wollte das Gericht ebenfalls nicht im Prozess berücksichtigt wissen. Und die durch die Verteidigung verlangte „Persönlichkeitsstudie“, die oftmals in Strafprozessen über den oder die Angeklagten erstellt wird, blieb ebenso aus: Sie hätte „sicherlich keine überprüften oder überprüfbaren Informationen enthalten können“, befanden die Richter/innen, im Einklang diesbezüglich mit der Staatsanwaltschaft.[1]

Erst im Nachhinein – in seinem Urteilstext – hat das Gericht, nachdem es die Verurteilungen aussprach, nun auch eine Überprüfung der Brandschutzmaßnahmen im CRA von Vincennes angeordnet. Selbst der dem Prozess beiwohnende Staatsanwalt, Gilbert Flam, hatte in seinem Vortrag der Strafforderungen auf erhebliche Probleme in dieser Hinsicht aufmerksam gemacht: Die Gewährleistung der Sicherheit für das polizeiliche Wachpersonal wie für die Insassen sei „eine gesetzliche und moralische Pflicht“, hatte er erklärt. Und sich erstaunt darüber gezeigt, dass keine brandsicheren Matratzen und Decken benutzt würden. Ebenso darüber, dass die Feuerlöscher, die schon am 21. Juni 08 eingesetzt worden und also zum Teil leer waren, nicht ausgetauscht worden und deswegen am 22. Juni teilweise zum Löschen untauglich waren. Nun soll laut Anordnung des Gerichts, das Experten dazu ernannt hat, ein Expertenbericht dazu bis zum 13. Dezember 2010 vorgelegt werden.

Das Urteil

Das Gericht folgte der Staatsanwaltschaft weitgehend bei ihren Strafforderungen und ging nur für einen Angeklagten über diese hinaus. Die Urteile reichen von acht Monaten Haft ohne Bewährung (die Staatsanwaltschaft hatte in diesem Falle sechs Monate verlangt[2]) bis zu 36 Monaten, davon sechs Monate auf und 30 Monate ohne Bewährung. Die beiden Hauptangeklagten, Mohamed Salah und Moïse Diakité, erhielten jeweils die höchste verhängte Strafe von 36 Monaten.

Der aus Mali stammende und seit 1991 ununterbrochen in Frankreich lebende Moïse Diakité befand sich im CRA von Vincennes, obwohl er, rein rechtlich betrachtet, definitiven Abschiebeschutz genießen müsste, da ein Elternteil eines Kindes oder von Kindern mit französischer Staatsbürgerschaft einen Anspruch auf einen Aufenthaltstitel hat. Moïse Diakité hat sieben französische Kinder und ist mit einer Französin – baskischer Vater, Mutter Melanesierin aus der französischen Quasi-Kolonie Neukaledonien im Westpazifik – verheiratet. Bislang hatten die Ausländerbehörden ihm keinen Aufenthaltstitel ausgestellt: Da er und seine Familie im Jahr 2004 ihr Dach über dem Kopf verloren hatte und die Kinder zwei Jahre lang von Ämtern betreut worden waren (diese Periode ist längt vorüber), warf man ihm seine angebliche Nicht-Ausübung der elterlichen Vormundschaft vor; gleichwohl waren fünf Abschiebeversuche in den Jahren zwischen 2004 und 2008 an den zuständigen Haftrichtern gescheitert[3]. Die AnwältInnen der Verteidigung geben an, das einzige, was der Anklage gegen ihn real zugrunde liege, sei sein „nervöses Verhalten“ im Abschiebezentrum in den Tagen vor dem Brand.

Mehrere der Angeklagten hatten zuvor bereits bis zu einem Jahr in Untersuchungshaft verbracht. Für jene Verurteilten, die zukünftig in Strafhaft wandern werden, droht am Ausgang des Gefängnisses dann die Abschiebung als „Doppelstrafe“. Allerdings ordnete das Gericht für keinen der anwesenden Angeklagten – nur für die beiden derzeit flüchtigen Beschuldigten, die im Übrigen zu den Verurteilten mit dem geringsten Strafmaß gehören und möglicherweise das Recht auf einen eigenen, abgetrennten Prozess hätten – eine sofortige Überstellung ins Gefängnis an. (Das ist in Frankreich bei der Mehrheit der

Strafurteile nicht der Fall, zumal die Haftanstalten notorisch überfüllt sind. Üblicherweise wird die Freiheitsstrafe zu einem späteren Zeitpunkt, oft nach Aushandlung mit den Anwälten, vollstreckt. Sofortige Inhaftierung wird bei als gefährlich oder besonders „gesellschaftsschädlich" eingestuften Angeklagten verhängt.) Eventuell könnten einige der Verurteilten sich dem Abbüßen der Strafe entziehen.

Die AnwältInnen der Verurteilten prangern einen „politischen Prozess" an, und werden in Berufung gehen. Nach Ausschöpfung des inner-französischen Rechtsweges werden sie die Sache dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, der in Strasbourg ansässig ist, vorlegen. Dort rechnen sie mit einer Verurteilung Frankreichs, da in diesem Verfahren das „Recht auf einen fairen Prozess" nicht gewährleistet worden sei.

Neue Abschiebhaftanstalt

Das Urteil vom 17. März fiel pikanterweise im selben Monat, in dem nun – Ende März – die bislang größte Abschiebeanstalt in Frankreich in Betrieb genommen wird. In Mesnil-Amelot, im östlichen Pariser Umland und in geringfügiger Entfernung vom Flughafen Roiyss-Charles de Gaulle, wird das bislang dort bestehende Abschiebezentrum durch einen Neubau in knapp einem Kilometer Entfernung erweitert. Zu den vorhandenen 140 Plätzen werden neue Aufbaukapazitäten für 280 zusätzliche Plätze geschaffen, was eine Gesamtkapazität von 420 Plätzen ergibt. Bis dahin war das, vor knapp zwei Jahren niedergebrannte, Abschiebezentrum von Vincennes (zwei mal 140 Plätze) das größte gewesen; es wird derzeit mit einer Kapazität von drei mal 60 Plätzen wieder errichtet. Die Solidaritätsorganisation Cimade, die den Bau in Mesnil-Amelot– anders als die Presse – besichtigen konnte, spricht von einem supermodernen Abschiebezentrum mit Überwachungskameras an allen Ecken. Da die Zellen im oberen Bereich verglast und also nicht gegen Blicke abgedichtet sind, wird dadurch eine Totalüberwachung rund um die Uhr möglich. Anders als in den herkömmlichen Abschiebezentren werden Besuche von auben nicht ungehindert möglich sein. 40 Plätze sind für „Familien" reserviert, und von vornherein ist die Abschiebeanstalt offenbar auch auf die Aufnahme von Kindern ausgelegt.[4] Selbst der rechte Scharfmacher-Abgeordnete Thierry Mariani, der nichts prinzipiell gegen Abschiebungen einzuwenden hat, vertritt in einem parlamentarischen Untersuchungsbericht die Auffassung, ein halbwegs „menschlicher Umgang" mit den Insassen sei nur in überschaubaren Einheiten „mit maximal 60 bis 80 Plätzen" möglich. Darüber hinaus, so das französische oberste Finanzgericht (der Rechnungshof, la Cour des comptes) in einem eigenen Bericht, wird „eine Abschiebeanstalt jenseits von 80 Plätzen zu einer Art ‚Abschiebungsfabrik'". Die Grenzpolizei, hält das Gericht fest, erkenne selbst an, in besonders gro-en Abschiebezentren würden die Insassen nur noch verwaltet, die Niederhaltung von potenziellen Unruhen gewinne Vorrang, und die Möglichkeiten zu psychologischer Betreuung nähmen ab. (Und was ist mit medizinischer Betreuung?)

Staatsspitze inszeniert humanitären Gnadenakt

Während das offizielle Frankreich seine Abschiebepolitik radikalisiert, ist es durchaus bereit, in menschlichen Individualfällen demonstrativ „Großzügigkeit" zu demonstrieren. Dies zeichnet die Ausländerpolitik unter Nicolas Sarkozy, einer im Januar 2009 vorgelegten Untersuchung des Politikwissenschaftlers Patrick Weil zufolge, sogar auf charakteristische Weise aus: den Abbau juristisch festgeschriebener Rechtsgarantieren für Einwanderer – bei gleichzeitigem Bedeutungsgewinn des staatlichen „Gnadenakts" als letzte Rettungsinstanz. Besonders gut macht sich dies in Einzelfällen, bei denen es etwa um moslemische Frauen geht, denn die Symbolik ist politisch nutzbar; wird doch an anderem Ort durch die herrschende Politik gern das Gegensatzpaar von finsteren Praktiken des Islam einerseits, aufgeklärtem und zivilisiertem Abendland andererseits unterstrichen.

Einen solchen Fall staatsoffizieller Liberalität feierten jüngst die französischen Medien. Mitte Februar dieses Jahres war eine 19-jährige marokkanischen Schülerin bei der Gendarmerie in Château-Renard (im Département Loiret, rund um Orléans) mit Blutergüssen vorstellig geworden. Die Oberschülerin Najlae Lhimer war 2004 als 14/jährige aus Marokko geflohen, um einer Zwangsverheiratung durch ihre Familie zu entgehen. Doch ihr Bruder, bei dem sie in Frankreich lebt, schlug sie. Beim letzten Anlass, weil er sie beim heimlichen Rauchen erwischt hatte, woraufhin ihr ärztlich acht Tage Arbeitsunfähigkeit (‚ITT') bescheinigt wurden. Die Reaktion der Gendarmen bestand darin, die 19/jährige wegen „illegalen Aufenthalts" in Frankreich zu inhaftieren.

Rechtlich betrachtet, hatten die Beamten nicht das Recht dazu: Wenn sich jemand als Opfer einer Straftat präsentiert, hat die Polizei diesbezüglich zu ermitteln und vom Aufenthaltsstatus der Person zu abstrahieren – beide Angelegenheiten sind voneinander zu trennen. Jedoch brachte daraufhin eine am 8. März durch die Solidaritätsorganisation Cimade (die am 2. März insgesamt 75 Polizeikommissariate „getestet" hatte) publizierte Untersuchung die Erkenntnis hervor, dass die Opfer in der Praxis regelmäßig ihre Festnahme als „Illegale" riskieren. Demnach droht auf 38 % der Polizeiwachen in einem solchen Falle die Festnahme, in 5 % wird die Aufnahme der Strafanzeige verweigert, und in 12 % der Fälle ist der Ausgang ungewiss.

Am 19./20. Februar wurde Najlae Lhimer in die marokkanische Hauptstadt Rabat ausgeflogen, mit genau einem Euro in der Tasche (plus fünfzig Euro, die eine Passagierin im Flugzeug ihr zugesteckt hatte). Doch ab diesem Zeitpunkt ließ das „Netzwerk Erziehung ohne Grenzen" RESF, das Lehrer/innen und Eltern organisiert, um SchülerInnen aus „illegalisierten" Familien zu verstecken, nicht locker.



Es organisierte eine ständige Betreuung vor Ort mit 50 Personen, die sich in Rabat abwechselten. In einem Interview mit der Zeitung ‚La République du Centre' erklärte Najlae Lhimer daraufhin: „Ich fühle mich in relativer Sicherheit, aber ich weiß, dass meine Familie nicht weit ist." Woraufhin die – als besonders reaktionär bekannte – Staatssekretärin für Familienpolitik Nadine Morano sich nicht entblödete, unter Verdrehung ihrer Worte öffentlich zu behaupten, die 19-Jährige habe erklärt, sie sei in Marokko besser aufgehoben: da „in Sicherheit bei ihrer Familie". (Vgl. ‚Libération' vom 9. März) Doch am selben Tag, an dem Morano diese Behauptung auf RTL abgab, kam das Dementi von ihrem obersten Chef. Nicolas Sarkozy nutzte die Feier des Internationalen Frauentags am 8. März, um zu erklären, er habe angeordnet, dass Najlae Lhimer nach Frankreich zurückkehren könne, „falls sie dies wünscht". Über ihren Wunsch ließ sie keinerlei zweifel aufkommen: Am 10. März hatte sie bereits das Rückkehrvisum in der Tasche. Am 13. März traf sie auf dem Flughafen von Orly bei Paris ein, empfangen von zahlreichen Angehörigen ihrer Schulklasse. *Bernhard Schmid, Paris* ■

1 Vgl. u.a. http://abonnes.lemonde.fr/societe/article/2010/02/05/le-delicat-proces-des-incendiaires-de-vincennes_1300839_3224.html sowie http://abonnes.lemonde.fr/societe/article/2010/03/18/lourdes-peines-pour-l-incendie-d-un-centre-de-retention_1321014_3224.html

2 Vgl. die detaillierten Strafforderungen: http://blogs.myspace.com/index.cfm?fuseaction=blog.view&friendId=153097760&blogId=529106694

3 Vgl. sein Portrait: http://www.humanite.fr/2009-06-22_Societe_Le-chemin-de-croix-de-Moise-Diakite

4 Vgl. u.a. http://abonnes.lemonde.fr/societe/article/2010/03/16/le-plus-grand-centre-de-retention-de-france-ouvre-pres-de-l-aeroport-de-roissy_1320021_3224.html#ens_id=1301364

„Ich würde so gern vergessen“

Hessische Sinti und Roma berichten über ihre Kindheit in der NS-Zeit und ihr Leben nach 1945

Seit Mitte der 30er Jahre wurden Sinti und Roma von den Nazis in speziellen Konzentrationslagern interniert, die es in vielen deutschen Städten gab, so in Frankfurt-Riederwald. Später waren diese „Zigeunerlager“ Sammelstätten für die Deportationen in die Todeslager im besetzten Polen. Allein aus Hessen wurden etwa 1000 Sinti und Roma verschleppt, zwei Drittel überlebten den Faschismus nicht.

In dem Buch „Flucht, Internierung, Deportation, Vernichtung“, herausgegeben vom Landesverband Deutscher Sinti und Roma Hessen, berichten Überlebende der Nazi-Zeit dem Sozialpädagogen Josef Behringer ihre bewegenden Lebens- und Leidensgeschichten. Der Sammelband ist ein wichtiger Beitrag wider das Vergessen - und ein eindringlicher ppell an Toleranz und Solidarität heute.

So unterschiedlich ihr familiärer Hintergrund auch ist, eines eint die 24 von Behringer interviewten Personen: Alle sind Sinti oder Roma, und sie wurden von den deutschen Faschisten verschleppt und interniert. Sie selbst waren noch halbe Kinder, als der Genozid an den Sinti und Roma begann. Die Väter der Interviewten waren Arbeiter, etwa auf dem Bau oder bei Opel in Rüsselsheim, Handwerker, Kammerjäger oder Beschäftigte bei der Post. Die Mütter waren Hausfrauen, arbeiteten in Fabriken oder verkauften Kurzwaren, und einige der Befragten kamen aus Schaustellerfamilien.

Zeuge von Folter und Mord

„Am 16. Mai 1940 war meine Kindheit zu Ende“, sagt der Sinto Michael Böhmer, der als 10-Jähriger nach Auschwitz verschleppt wurde. „Meine Jugend war über Nacht zu Ende“, sagt auch Sintezza Amanda Meyer, die dieses Schicksal als 14-Jährige ereilte.

Eindrucksvoll schildern die 14 Zeitzeuginnen und 10 Zeitzeugen ihre Erlebnisse. Sie berichten von unvorstellbaren Gräueltaten in den KZ, von Zwangsarbeit, von abenteuerlichen Fluchten, von Verfolgung und Denunziation, aber auch von schlichter Mitmenschlichkeit, die einigen von ihnen das Leben rettete. Sie erzählen, wie sie mit ansehen mussten, wie Eltern und Geschwister gefoltert oder in die Gaskammer geschickt wurden, wie Geschwister und Verwandte an Hunger und Krankheiten elendig zu Grunde gingen.

Berichtet wird aber auch von der Zuversicht nach 1945, nahe Angehörige doch einmal wiederzusehen. »Man hat die Hoffnung, die kommen noch«, erinnert sich die Sintezza Alwine Keck. Doch irgendwann musste der Traum schließlich begraben werden, die Mutter, den Vater, die Schwester, den Bruder, den geliebten Mann oder die geliebte Frau jemals wiederzusehen.

Thematisiert wird auch der Schock, als in den 50er Jahren der Mord an den Sinti und Roma von den westdeutschen Behörden verharmlost und der faschistische Terror gegen diese Minderheit entschuldigt wurde. Lügen und Täuschen, Stehlen und Betrügen wurden wieder als „typische“ Verhaltensweisen von „Zigeunern“ präsentiert.

Alte, neue Vorurteile

So stellte der Bundesgerichtshof 1962 fest: „Zigeuner neigen zu Diebstählen“, und ihnen wohne ein „naturgemäßer Okkupationstrieb“ inne. Damit wurden den Sinti und Roma nicht nur ihnen zustehende Wiedergutmachungsansprüche streitig gemacht. Vielmehr wurden die rassistischen Stereotypen nahtlos in die Nachkriegsgesellschaft integriert.

Die 24 Überlebenden erzählen von den Nächten, in denen das Erlebte sich in die Träume einschleicht, von Tagen, an denen die Erinnerung so stark ist, dass sie ein normales Leben unmöglich macht. „Ich würde so gerne einmal alles vergessen“, sagt Böhmer. „Aber wie soll das gehen?“ Nicht nur bei ihm kommen die Bilder immer wieder zurück. Denn: die Hoffnung stirbt zuletzt – die Erinnerung stirbt nie.

Roma Virtual Network 8.3.2010 ■

Josef Behringer: Flucht, Internierung, Deportation, Vernichtung. Hrsg. Landesverband Deutscher Sinti und Roma Hessen, Eigenverlag, 252 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, 25,50 Euro

Neue Handreichung der MBR Berlin „Ladenschluss jetzt!“

„Ladenschluss jetzt!“ – Das ist die Forderung zahlreicher engagierter Bürger/innen und Vertreter/innen der Kommunal- und Landespolitik in Berlin. Sie reagieren damit auf die Versuche der rechtsextremen Szene, Treffpunkte und Szeneläden, wie etwa die Kneipe „Zum Henker“ (Schöneweide) oder die Thor-Steinar-Läden „Trømsö“ und „Tønsberg“ zu etablieren. Die Auseinandersetzung mit rechtsextremer Infrastruktur ist für die Bezirke und das Land Berlin eine Herausforderung, der sich immer mehr Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft stellen. Sie wehren sich mit juristischen Mitteln, wie etwa Räumungsklagen und restriktiven, antirassistischen (Gewerbe-) Mietverträgen, aber auch mit kreativen Protestformen im Umfeld von rechextremen Szeneläden und -treffpunkten. Berlin gilt hier mittlerweile bundesweit als Vorbild. In der 20-seitigen Handreichung werden vor dem Hintergrund der Berliner Erfahrungen und bundesweiten Rechtsprechung konkrete Handlungsempfehlungen für Hauseigentümer/innen und Vermieter/innen, zivilgesellschaftliche Akteure, Mieter/innen und Nachbar/innen sowie kommunale Politik und Verwaltung gebündelt. Enthalten sind zudem Auszüge aus einschlägigen Urteilen zu rechtsextremer Infrastruktur, Klauseln gegen rechtsextreme Wirtschaftsunternehmungen für Gewerbemietverträge sowie Musterbriefe.

Bestellungen und Download: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR), Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK), Chausseestraße 29, 10115 Berlin, Tel. 030-240 45 430, Fax 030-240 45 319, email: info@mbr-berlin.de www.mbr-berlin.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

„Linke Gewalt" und die schweigenden Normalbürger

Ein Fahrzeug, aus dem meterhohe Flammen schlagen, davor ein Jugendlicher im schwarzen Kapuzenpullover, die rechte Faust triumphierend gen Himmel gereckt: so bedrohlich wird auf der Titelseite der Märzausgabe von ZUERST! Das Hauptthema „Linke Gewalt – Angriff auf den Rechtsstaat" illustriert. Die Herkunft des Bildes bleibt ungenannt, nicht auszuschließen, dass es sich um eine Szene aus einem Spielfilm handelt. Aber das ist schließlich unwichtig, wichtig ist, dass in den Köpfen derjenigen, die dies Bild auch nur flüchtig wahrnehmen, die Verbindung von Links – Gewalt – brennenden Autos automatisch im Unterbewusstsein hervorgerufen und abgespeichert wird.

Im Heftinneren nimmt das auf der Titelseite angekündigte Thema einen breiten Raum ein. Gleich drei Autor(inn)en wurden benötigt, um den Hauptbeitrag im lockeren Spiegel-Stil zu verfassen (MANUEL OCHSENKNECHT, ROLF OVERDORF, HEIKE BERNDT). Über allgemein Bekanntes kommen sie allerdings nicht hinaus. Aber darum geht es ihnen auch nicht. Hauptgegner sind nicht diejenigen, die Autos anzünden oder sich mit der Polizei prügeln, getroffen werden sollen in erster Linie antifaschistisch aktive Linke. Namentlich genannt werden der Arzt Michael Kronawitter als Vertreter der Antifaschistischen Linken Berlin, die Bundestagsabgeordnete der Partei DIE LINKE Inge Höger und der Berliner Kirill Jermak, der ebenfalls Mandatsträger der LINKEN ist. Bei Höger kommt noch etwas dazu, dass die Autor(inn)en für so bedeutsam halten, dass sie es speziell erwähnen: „Inge Höger ist nicht nur Mitglied der Linkspartei, sondern auch der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (NNV/BdA), einer Organisation, die im Umfeld der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) beheimatet ist und während des Kalten Krieges massiv mit finanziellen Zuwendungen aus der DDR verwöhnt wurde". Mit brennenden Autos oder Molotow-Cocktails haben die drei allerdings nichts zu tun.

Das gilt auch für andere, die im Beitrag als Helfershelfer dargestellt werden: „In einer Mischung aus Hilfslosigkeit (so im Original – tri), Feigheit und politischer Naivität arbeitet die Kölner CDU regelmäßig Linksextremisten in die Hände. Kölns damaliger Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU) ließ es sich im September 2009 nicht nehmen, bei den Protesten gegen den ‚Antiislamisierungs-Kongreß' der Bürgerbewegung ‚Pro Köln' ans Mikrophon zu treten und mächtig loszuhetzen: ‚Da ist die Tür! Wir wollen euch nicht! Wir stellen uns quer!'.Das fanden auch die Linksextremisten im Publikum gut. Kein Wunder, neben Schramma war auch der Linken-Politiker Jörg Detjen Mitunterzeichner des Aufrufs für die antirechte Kundgebung. Daß Detjen eine einschlägige K-Gruppen-Vergangenheit hat, störte Schramma offensichtlich nicht". In ähnlicher Form geht es dann noch um Bodo Ramelow (Die LINKE), Claudia Roth (Die Grünen) und die Juso-Vorsitzende Franziska Drohsel. Keinem der Genannten kann in irgendeiner Form die Anwendung von Gewalt, die das Titelbild suggeriert, vorgeworfen werden.

Deutlicher wird die Zielrichtung der Einflussnahme mittels des Themas linke Gewalt im Interview mit dem „Linksextremismusexperte(n)" Dr. CLAUS M. WOLFSCHLAG. Wolfschlag, der u.a. in der „Jungen Freiheit" und anderen einschlägigen Rechtspostillen publiziert, passt die ganze Richtung nicht: „Wenn Sie mit der ‚Mitte der Gesellschaft' den deutschen Staatsbürger meinen, dann richtet sich der ‚Antifaschismus' durchaus gegen ihn und seine Interessen. Erst recht bei Staatsbürgern mit konservativer Wertebasis. Das stete Lamento über ‚Rechtsextremismus', ‚Nazis', ‚Rassismus', ‚Ausländerfeindlichkeit', dient ja primär dazu, den Normalbürger zu disziplinieren, sprich: einzuschüchtern. Eine Mehrheit der Bürger etwa spricht sich stets gegen weitere Einwanderung nach Deutschland aus. Damit das Projekt einer ‚multikulturellen' Umwandlung der Bevölkerungsstruktur aber vorangetrieben werden kann, ohne daß dies zur Gefährdung der dafür verantwortlichen Eliten werden kann, muß die Kritik aus der Bevölkerung durch stete ‚antifaschistische' Belehrung klein gehalten werden. Das betrifft auch andere Bereiche, etwa das eigene Geschichtsverständnis, das Gedenken an die eigenen Kriegsopfer, den Umgang mit Gedenkstätten, mit Architektur, mit Kunst, mit Literatur, die EU-Integration. ‚Man traut sich ja bald gar nichts mehr zu sagen', ist ein häufiger Satz von unzufriedenen, eingeschüchterten Normalbürgern, den man oft in Gesprächen oder Leserbriefen hört. Dieser Satz hat seine Ursache im ‚Antifaschismus' aus der feinen ‚Mitte der Gesellschaft'".

Nicht ganz so offen argumentiert der CSU-Politiker HANS MERKEL (Ministerialdirigent a.D.), der mit den Deutschen nicht zufrieden ist: „Im Volk fehlt weitgehend das richtige Bedrohungsbewusstsein; ... Eine Ursache dieser ‚rechten Schwäche' ist, daß rechtes politisches Denken nach dem Krieg durch die alliierte Umerziehung und durch die damit einhergehende Einflußkultur diffamiert wurde. ... Das Gesellschaftsbild der extremen Linken hat sich in den letzten Jahrzehnten mehr oder minder durchgesetzt".

Was der der „Neuen Rechten" zugerechnete Wolfschlag und H. Merkel meinen, ist die geistige Hegemonie, die sie bei sich und ihren politischen Freunden nicht mehr erkennen können. Auch CDU und CSU sehen sie vom rechten Weg (im wörtlichen Sinn des Wortes) abgewichen. Deshalb kritisiert Manuel Ochsenreiter den CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe. HARALD NEUBAUER (bis Ende 2009 Herausgeber von „Nation & Europa") bezeichnet „Merkels Kurs" sogar als „geistige Überfremdung": Aus der Union wird die beste SPD, die es je gab. Zudem grüner als die Grünen. Und rundum offen für die ‚Vielfalt unterschiedlicher Lebensentwürfe', wie man heute Zustände zu umschreiben pflegt, die unter Adenauer und Erhard noch strafbar waren. Eine solche Christenunion rollt natürlich auch dem Islam den Gebetsteppich aus und freut sich über jedes Minarett im ‚Integrationsland'". Das über das CDU-interne „Manifest gegen den Linkstrend" der rechten CDU-Hardliner positiv berichtet wird, versteht sich von selbst. Es geht um eine ideologische Auseinandersetzung um die Grundorientierung der großen rechten Volksparteien CDU und CSU: Setzt sich der neoliberale Flügel unter Kanzlerin Merkel weiterhin durch oder kommen die alten kalten Krieger des Stahlhelm-Flügels wieder in die Offensive. *tri* ■